Nr. 123. Montag den 2. Juni 1902. 9. Jahrg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Wehe den Siegern!

* Leipzig, 2. Juni.

London, 1. Juni. Lord Kitchener telegraphiert unterm 31. Mai: Das die Bedingungen der Uebergabe enthaltende Schriftstück wurde heute abend 10½ Uhr von allen Burendelegierten sowie von Milner und Kitchener unterzeichnet.

Die Friedensbedingungen sind also abgeschlossen; der Friede ist gesichert. In London erwartete man schon seit einer Woche mit unerschütterlicher Sicherheit den Abschluß des Friedens. Unter dem Eindruck dieser Stimmung schreibt uns unser Londoner Korrespondent vom 30. Mai:

Nach zweiunddreißig Monaten wilden Ringens zwischen einem niedergehenden Weltreich und einem kleinen, aufsteigenden Stamme, — nach einem Feldzug, der seinesgleichen nur in den Annalen der römischen Imperatorenzeit finden kann, scheint der Friede über die südafrikanischen Gefilde wieder niedersteigen zu wollen. Ein Friede mit unsterblichem Ruhm für die der Uebermacht Erlegenen und ein Denkmal der Erniedrigung für die Sieger.

Die Menschheitsgeschichte, die die Sieger zu Herren zu erheben pflegt, wird mit Englands Staatsmännern strenger und gerechter verfahren. Sie wird sie unparteiischer prüfen und ihr südafrikanisches Schlachten als das Werk des Hochmuts und der Dummheit verurteilen. Denn der Krieg war nicht unvermeidlich. Staatsmännische Weisheit, politische Einsicht in die wirtschaftlichen Kräfte Südafrikas hätten den Gegensatz zwischen Buren und Briten ausgleichen können. Ihn mutwillig geschürt und zu einem vernichtenden Flammensturme entfacht zu haben, ist die Schuld Rhodes', Chamberlains und der Johannesburger Kapitalisten.

Der Interessengegensatz zwischen Buren und Briten in Südafrika war historisch unvermeidlich. Er war das naturnotwendige Erzeugnis der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse und Denkweisen der beiden Rassen. Der Bur war Ackerbauer, Schafzüchter und Gesetzgeber. Der Brite war Händler, Kapitalist, Stadtbewohner und der Beherrschte. Wir hatten in Südafrika einen jener Konflikte, die in Europa im Jahre 1848 mehr oder weniger zu Gunsten des Kapitals ausgefochten worden waren. Die Burenrepubliken waren agrikole Demokratien mit den Licht- und Schattenseiten, die dieser Kulturstufe eigen sind. Der Bürger war frei, unabhängig, konservativ und infolge seiner Entfernung vom europäischen Lebensstrom auch rückständig und mißtrauisch. In der Buren Mitte kam der Brite mit dem materiellen und geistigen Rüstzeug der Civilisation des neunzehnten Jahrhunderts. Es entstanden in Südafrika nicht nur zwei entgegengesetzte Interessensphären, sondern auch zwei entgegengesetzte Weltanschauungen, getragen von zwei verschiedenen Rassen. Schon die erste Frage: Die Behandlung der Eingeborenen, gab Anlaß zu einem tiefen Konflikte. Der agrikole Bur wollte sie zu patriarchalisch beherrschten Dienern machen. Der kapitalistische Brite wollte sie in freie Lohnarbeiter verwandeln. Der Bur steckte noch in der Naturalwirtschaft, die der Brite durch die Geldwirtschaft abzulösen strebte. Der Brite hatte den Schutz Englands; der Bur verließ seine Ansiedlung in der Kapkolonie und zog nach Natal. Auch dorthin folgte ihm der Brite mit seiner Civilisation und der Bur „trekkte" gegen Norden und gründete sich eine neue Heimat am Oranje- und Vaalflusse.

Diese Konflikte, die beinahe ein Jahrhundert umfaßten, hinterließen im Burenherzen einen tiefen Groll gegen seinen englischen Verfolger, um so mehr, als sie zuweilen zu gar blutigen Zusammenstößen geführt hatten. Im Jahre 1884 glaubten sich die Burenrepubliken in ihrer Existenz endlich gesichert, — als zwei Jahre später in Transvaal Gold entdeckt wurde. Und diese Goldentdeckungen waren es, die den Buren ihre Unabhängigkeit kosteten.

Es wäre gar leicht, sich mit dem deutschen Philister über die britische Goldgier zu entrüsten und vom Standpunkte der Moral den südafrikanischen Krieg zu verdammen. Wir würden aber aus den geschichtlichen Ereignissen nichts gelernt haben. Richtig aufgefaßt, waren die Goldentdeckungen in Transvaal besonders geeignet, den Gegensatz zwischen Buren und Briten auszugleichen. Denn nur das Gold war im stande, die Buren aus dem agrikolen Leben herauszureißen und sie zu Kapitalisten zu machen; nur die Fluten des Reichtums hätten sie auf die Kulturstufe der Briten heben können. Und thatsächlich sahen wir im letzten Jahrzehnt in Südafrika ein Geschlecht von progressiven Buren heranwachsen, die englisch lernten, englische Sitten annahmen und auf englischen Universitäten ein modernes Wissen sich aneigneten. Es bedurfte nur der Weisheit, der Geduld und Einsicht der englischen Regierung, um den wirtschaftlichen Prozeß Südafrikas ausreifen zu lassen und die Anglisierung der Buren nicht gewaltsam zu unterbrechen. Vielleicht hätte die englische Regierung unter normalen Umständen diese Methode auch gewählt. Sie ist der englischen Diplomatie als killing with kindness (Erschlagen durch Freundlichkeit) wohl geläufig. Aber die seit Jahren empfundene Erschütterung der englischen Handelssupremate hatte die imperialistische Strömung hervorgerufen, die die herrschenden Klassen Englands in das Netz der Johannesburger Millionäre trieb. Von den Mitgliedern der königlichen Familie bis herab zum einfachen Commis beteiligte sich alles am „Kaffir-Cirkus", an den Börsenspekulationen in südafrikanischen Aktien. Die Phantasie des englischen Volkes berauschte sich an den Goldschätzen Transvaals, und diesen Geisteszustand nutzten die Johannesburger Millionäre aus, um mit Hilfe von Rhodes, Chamberlain und einer feilen Presse das englische Volk gegen den bedrohten Burenstamm aufzuhetzen.

* *

Der südafrikanische Konflikt hatte sich mittlerweile noch verschärft. Und zwar aus folgenden Gründen: Die Goldentdeckungen von 1886 brachten Legionen von Ausländern nach Transvaal. Die Mehrheit dieser Leute bestand aus britischen Bürgern; der Rest aus Juden und Amerikanern. Seit 1892 wurde die Einwanderung noch stärker, so daß die Zahl der Ausländer die der Buren bald überstieg. Den Einwanderungsstrom hemmen war der Burenregierung auf Grund des Vertrags mit England vom Jahre 1884 verboten. Um aber nicht von den Fremden überwältigt zu werden, beschlossen die Buren, das Bürgerrecht erst nach einem 14jährigen Aufenthalte in der Kolonie zu gewähren. Auch die Ausbeutung der Arbeit wurde beschränkt und die Besteuerung der Goldfelder erhöht. Diese Maßnahmen riefen unter den Ausländern große Unzufriedenheit hervor, und es entstand eine Reformbewegung. Anfangs unbedeutend, nahm sie eine drohende Haltung an, als sich Cecil Rhodes und Alfred Beit an ihre Spitze stellten. Rhodes war damals Premierminister der Kapkolonie, Direktor der Chartered Company und der Consolidated Goldfilds. Die Bewegung der Ausländer gewann auf diese Weise Anschluß an den alten Konflikt zwischen Buren und Briten. Letztere sind als Loyalisten bekannt. Im Jahre 1895 fanden in England Parlamentswahlen statt, die Mr. Chamberlain als Kolonialsekretär ins Kabinett brachten, und da seine imperialistischen Sympathien in Südafrika bekannt waren, beschlossen Rhodes und seine Johannesburger Freunde, eine Revolution zu inscenieren, um die Burenregierung zu stürzen und Südafrika unter die englische Flagge zu bringen. Sie rechneten, es würde ihnen billiger kommen, die Buren zu unterwerfen, als ihnen Steuern zu zahlen und sich von ihnen Beschränkungen gefallen zu lassen. „Wir gehen nicht in den Krieg," sagte Rhodes, „zur Belustigung von Dynastien wie einst, sondern um realer Geschäfte (practical business) wegen) (Daily Mail, 14. August 1900). Und Mr. Hayes Hammond, einer der Interessenten der Consolidated Goldfields, sagte in London in einer Versammlung der Aktionäre, die Compagnie hoffe, unter englischer Regierung werde es möglich sein, die Löhne um die Hälfte zu reduzieren, was den Bruttoprofit um 2 199 000 Pfd. Sterling steigern würde (Financial News, 21. November 1899). Die Hauptbeschwerde der Kapitalisten bestand darin, daß ihnen die Burenregierung die absolute Herrschaft über die Arbeitskraft der Eingeborenen verweigerte. Denn die Beschwerden gegen die Beschränkung des Bürgerrechts wurden nur erhoben, um die Massen der ausländischen Arbeiter als Kanonenfutter für den Staatsstreich zu gewinnen. Bekannt ist der Ausspruch Lionel Phillips', eines der Hauptführer der Reformbewegung: „Wir scheren uns den Teufel um das Bürgerrecht." Sie gingen in die Revolution, um geringe Steuern und unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit zu erlangen. Das war das Motiv des Jameson Raid, des Einfalls von Dr. Jameson in Transvaal am 29. Dezember 1895. Daß Chamberlain von

Feuilleton.

47] Nachdruck verboten.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

Die Ländereien waren auf ein Jahr verpachtet und wurden von der Gesindestube aus dirigiert; der ganze Besitz sollte zum Herbst verkauft werden.

Frau Bente beschäftigte sich stille mit der Haushaltung und dem Garten. Ab und zu kamen Nachrichten von Arnt und Massi. Ihre weitere Ausbildung sollte mit dem Rest der mütterlichen Erbschaft bestritten werden, und über die Anwendung dieses Geldes debattierte man und sandte lange Briefe hin und her.

Oben im großen Saale hallten die Schritte noch lauter wieder, klangen noch einsamer, trostloser als früher, in dem öden Raum mit den zerstreut umherstehenden Möbeln, dem langen, gemalten Tische und den beiseite gestellten Sachen, die ihn jetzt halbwegs zu einer Bodenkammer machten. —

So lange es nur noch einen Funken Hoffnung gab — nur irgend etwas, wofür man leben konnte, hatte Baarvig gesagt.

Das war der täglich wiederkehrende Refrain, den sie, genau so wie den Fluß, am Tage nicht vernahm, der aber in den einsamen Stunden oben am Saalfenster immer wieder vor ihren Ohren ertönte — Minka . . .

Wie ein lebendes Fragezeichen erschien sie der Mutter, eine flackernde Hoffnung; den ganzen Sommer hatte sie sie schon beobachtet.

Minka — ihr Augapfel, ihr Liebling, an der sie so viele Jahre lang ihre Freude gehabt — die sie bis zur Schwachheit geliebt — die sie nicht verlieren konnte, nicht verlieren durfte!

Seit ihrer Heimkehr hatte Frau Baarvig das stets zunehmende, peinliche Gefühl, daß die Tochter viel von den Einflüssen, denen sie ausgesetzt, und den Umgebungen, in denen sie gelebt, angenommen habe . . . Dieses träumerische Insichselbstversinken, als seien die Sinne unfähig, die Grenzen der Wirklichkeit festzustellen, dieses unklare, überspannte Selbstgefühl! Sie atmete gleichsam noch in einer anderen Luft, die voll einschläfernder, betäubender Voraussetzungen und Begriffe war.

Und übertrieben nervös war sie; jede Fiber an ihr vibrierte.

Den ganzen Sommer sollte sie nun hier im Vaterhause zubringen, sich ausruhen und Kräfte sammeln, wieder ins Gleichgewicht kommen, das fein empfindende Geschöpf von früher werden.

Zum Herbst — ja zum Herbst — wenn alles sich hier auf Elvsät veränderte. — —

Dann mußte angefaßt werden, Minka Musikstunden geben und sie selbst den Kindern drinnen in der Hauptstadt den Hausstand führen.

Bertha, mit ihren traurigen Verirrungen und ihrem Leichtsinn, sollte in eine Haushaltungs- und Kochschule gethan werden.

— — — — — — — — — —

Minka suchte so viel wie möglich Schulteiß auszuweichen; sie ertrug es kaum, ihn zu sehen, und eine Begegnung mit ihm machte sie hochgradig nervös. Vom ersten Augenblick an hatte sie etwas Verstörtes an ihm entdeckt; sein Blick hatte es ihr verraten, und sie mit Schrecken erfüllt. Sie konnte den Gedanken nicht ertragen, daß er jeden ihrer Schritte überwache und fühlte ein wachsendes Unbehagen, eine Unsicherheit, so daß sie laut aufschrie vor Angst, sobald sich nur hinter einem Busch oder einer Hecke etwas regte. — —

Und Schulteiß schlich spähend umher auf den Wegen und der hügeligen Waldwiese und den Pachthöfen um Elvsät; es galt, einen Schimmer von Minka zu entdecken. Ganz vertieft, in sich zusammengerollt, stand er oft unter den Bäumen des Waldes, wartete und wartete in der sicheren Voraussetzung, daß sie kommen werde, achtete nicht des Regens, nicht der Feuchtigkeit, nicht der Zeit. Er sprach mit Minka, teilte ihr seine geheimsten Gedanken, seine großen Ideen mit, empfand die Harmonie ihrer Seelen, flüsterte, verehrte, betete an.

In glücklichen, einsam daheim verbrachten Stunden blinzelte er vielsagend, lächelte seinem Spiegelbilde zu und murmelte etwas von geistigen Zusammenkünften . . . und von einer Minka, die sich niemals hingab.

— — — — — — — — — —

Eines Morgens erschien Bertha beim Frühstück mit roten, verweinten Augen und geschwollenem Gesicht.

Ihr fehlte nichts — gar nichts — nur diese fürchterlichen Zahnschmerzen.

Am Vormittage desselben Tages eilte sie mit einem dicken, während der Nacht geschriebenen Briefe zur Eisenbahnstation hinunter. Die Adresse lautete: Iowa City, Iowa U. S. North America, Mr. Ole Berg.

Zum allgemeinen Erstaunen blieb sie während des Monats Juli, ganze vier Wochen, ruhig zu Hause.

Dann eines Tages folgte die Aufklärung . . .

Ihr treuer, stets verschmähter Liebhaber aus der Schulzeit, Ole Berg, der Sohn des Lehensmannes, hatte ihren Brief umgehend beantwortet:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Rhodes' Plänen allgemeine Kenntnis hatte, kann heute gar nicht mehr bezweifelt werden.

Der Raid mißlang schmählich. In wenigen Stunden waren Jameson und seine Leute von Cronje bei Clerksdorp aufs Haupt geschlagen und zu Gefangenen gemacht. Aber auf den greisen Präsidenten von Transvaal, der von Jugend auf unter britischen Verfolgungen zu leiden hatte, hinterließ der Raid einen tiefen Eindruck. Der Gedanke an einen letzten Verzweiflungskampf setzte sich bei ihm fest. Inmitten dieser kritischen Erwägungen kam das Telegramm Kaiser Wilhelms II. Es entschied für den Krieg. Vor etwa sechs Wochen schilderte eine Pariser Korrespondenz der Times den überwältigenden Eindruck, den das kaiserliche Telegramm auf den bedrohten und schwergeprüften Burenstamm gemacht hatte. „Das Telegramm war nicht nur ein Versprechen auf Intervention, es war die Intervention selbst. Jeder von uns Transvaalern erbebte vor Freude und alle sagten sich, es sei die Intervention Deutschlands und komme einem Schutze gleich." Das ist übrigens psychologisch begreiflich. Kein Wunder, daß die einfachen Burengemüter während des Krieges an die Intervention Deutschlands gegen England so felsenfest glaubten.

Daraufhin begannen die Kriegsrüstungen der Buren. Die Ausgaben für Kriegszwecke im Budget Transvaals stiegen von 87 308 Pfd. Sterling im Jahre 1895 auf 357 225 Pfd. Sterling im Jahre 1898. Und Grund genug hatten die Buren für ihre Rüstungen. Drei Wochen nach dem Raid kabelte Mr. Chamberlain an den südafrikanischen Statthalter Sir H. Robinson, das Kabinett berate über die Entsendung einer großen militärischen Macht nach der Kapkolonie, um auf alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Als der Statthalter von einer derartigen Expedition abriet, kabelte Chamberlain: „Die Gefahr, der die Burenregierung entging, war eine reale, und wenn die Ursachen, die zu ihr führten, nicht beseitigt würden, so kann sie sich wiederholen, obgleich in einer anderen Form." Auch der ethusiastische Empfang, der Jameson und Genossen in London zu teil geworden, war geeignet, Krüger in seinem Mißtrauen gegen England zu bestärken. Dieselbe Wirkung mußte auf ihn die Komödie der parlamentarischen Untersuchung gegen Rhodes und Genossen machen, die gerade im Moment abbrach, als die Mitschuld der englischen Regierung sichtbar zu werden begann. Aber dieser moralische Bankrott Englands hatte noch eine andere Wirkung. Der Oranje-Freistaat, der seit Jahren die Transvaalregierung im progressiven Sinne zu beeinflussen gesucht hatte, sah nunmehr die Gefahr, in der die Unabhängigkeit des Burenstammes schwebte und die Folge war ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen den beiden Republiken. Auch in England geriet jetzt die südafrikanische Frage in ein rascheres Tempo. Das Jubiläumsjahr 1897 befestigte den Gedanken des britischen Zollvereins, der Eisenbahn Kapstadt-Kairo und der angelsächsischen Verbrüderung. Der bedürftige Sir H. Robinson trat von seinem Amte zurück und der Prokonsul Milner ging nach Südafrika und trug in den Falten seiner Toga den Krieg an den greisen Burenpräsidenten. Milner, ganz im Banne von Rhodes, war „von Anfang an entschlossen, mit der südafrikanischen Frage ein für allemal aufzuräumen und Südafrika unter die englische Flagge zu bringen". Unter diesen Umständen konnten die Unterhandlungen zwischen ihm und Krüger betreffend die Reform des Wahlrechts zu keinem befriedigenden Resultate führen. Krüger machte Konzessionen, die den Kolonialsekretär nur zu weiteren Forderungen ermutigte. Die schemenhafte Suzeränität, die Krüger im Vertrage von 1884 anerkannt haben sollte, diente als diplomatischer Stützpunkt. Um die Mitte 1899 schickte England militärische Verstärkungen nach Natal, die den Buren den letzten Rest des Glaubens an die Aufrichtigkeit der Briten raubten. Am 9. Oktober 1899 schrieb Mr. Reitz, der Staatssekretär Transvaals: „Irregeführt vom Kolonialsekretär, beeilte sich die englische Regierung, militärische Verstärkungen nach Südafrika zu schicken und droht und beschimpft uns. Sie scheint anzunehmen, wir würden so einfältig sein und ruhig warten, bis sie genug Truppen an unseren Grenzen hat, um uns die Bedingungen diktieren zu können. Obwohl ihr alle Machtmittel, die ein Weltreich aufbieten kann, zur Verfügung stehen, werden wir nicht länger warten, auch auf die Gefahr hin, als die Angreifenden angeklagt zu werden. Noch heute werden wir von ihr verlangen, daß sie ihre Truppen zurückzieht. Ich fürchte, das würde den Krieg bedeuten, aber wir haben ihn nicht provoziert."

Und am selben Tage kabelte er das verhängnisvolle Ultimatum nach London. Mr. Chamberlain lehnte es ab, den Empfang des Ultimatums zu bestätigen und am 11. Oktober nahm der Krieg seinen Anfang.

*

Es ist für unsere Betrachtung nicht nötig, in die Einzelheiten des südafrikanischen Feldzugs einzugehen. Der Krieg zerfällt in drei Perioden. In der ersten waren die Buren überall siegreich. In einer einzigen Woche — vom 7. bis zum 15. Dezember — bereiteten sie der britischen Armee drei Niederlagen, die die Grundlagen des Weltreichs zu erschüttern geeignet gewesen wären, wenn nur die Buren es verstanden hätten, ihre Siege gründlich auszubeuten. Vom militärischen Standpunkte bedeutet diese Periode den totalen Mißerfolg der Bullerschen Frontattacken. Die zweite Periode brachte einen Umschwung zu Gunsten Englands; sie endigte mit der Besetzung Pretorias und bedeutet den Erfolg von Roberts' Umgehungstaktik. Die dritte Periode ist die peinlichste von allen. Der Krieg gegen eine Regierung artete durch die Annexion der Burenrepubliken in einen Krieg gegen das Volk aus und mußte notwendigerweise die Form des Guerillakrieges annehmen. Der Guerillakrieg ist die Verteidigungsmethode eines Volkes gegen einen überlegenen Feind. Die englische Taktik fand da ihren Ausdruck im Blockhaussystem Kitcheners, das insofern einen Erfolg hatte, als es die Verkehrsmittel sicherte.

Ueber die Ursachen der Mißerfolge der ersten Periode ist man sich jetzt in England ziemlich klar. Sie bestanden vor allem in der militärischen Unfähigkeit Bullers; dann in dem Hochmut und in der Blindheit der englischen Regierung, die da glaubte, ein Armeecorps würde genügen, die Burenrepubliken zu überfallen, ihren Widerstand zu brechen, Bloemfontein und Pretoria zu besetzen und den Besiegten Friedensbedingungen zu diktieren. Im Lichte der Erfahrungen erwies sich diese Annahme nicht minder lächerlich als die Rhodes und Jameson, die gar mit 500 Mann die Transvaalregierung stürzen zu können glaubten; schließlich hat auch die imperialistisch-politische Erwägung, den Norden von Natal gegen die Buren zu schützen, auf den Verlauf der ersten Periode einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Das Versprechen der englischen Regierung, Natal mit der ganzen Macht des Empires zu verteidigen, führte zu dem nutzlosen aber blutigen Treffen bei Dundee und Elandslaagte, dann zur schmählichen Niederlage bei Nicholsons Nek, endlich zur Einschließung Sir George Whites in Ladysmith. Aehnliche Erwägungen zersplitterten ferner die Kräfte Bullers, indem er Methuen zum Entsatz von Kimberley schicken mußte, wo Rhodes eingeschlossen war. Das führte zur Niederlage bei Maagersfontein. In der Kapkolonie blieben nur an die zwei Regimenter unter Kommando Gatacres. Mit diesen versuchte er, sich dem Feinde entgegenzuwerfen und erlitt eine Niederlage bei Stormberg. Die Einschließung von Ladysmith zwang Buller, seine Hauptmacht nach Natal zu werfen, und seine Versuche, White zu befreien, führten zu den blutigsten Niederlagen des ganzen Feldzugs: zu Colenso und Spion Kop. In einem soeben erschienenen Werke der Times über den Krieg, das auf offiziellen Dokumenten beruht, war Buller bereit, Ladysmith dem Feinde zu übergeben. Er schrieb auch in diesem Sinne an den Kriegsminister und das Kabinett war geneigt, Bullers Rat zu folgen. Die Armee war demoralisiert, die Stimmung in England eine trostlose. Hätten die Buren in dieser kritischen Stunde die Kühnheit gehabt, zum Angriff überzugehen, die Bahnlinie De Ar-Stormberg zu durchbrechen und in beträchtlicher Zahl in die Kapkolonie zu dringen und den Aufstand zu organisieren, der Krieg würde vielleicht einen anderen Ausgang gehabt haben. Aber die Passivität der Buren rettete das britische Empire.

Eine Armee, wie sie England noch nie über See geschickt hatte, wurde auf die Beine gebracht und der Leitung von Roberts und Kitchener anvertraut. Kimberley und Ladysmith wurden entsetzt, Cronje gefangen genommen und Bloemfontein geriet in englische Hände.

Wäre es wahr gewesen, daß die englische Regierung nur deshalb in den Krieg ging, um den Ausländern zu ihrem Bürgerrecht zu verhelfen, sie hatte jetzt die goldene Gelegenheit, ihre Versicherungen zu verwirklichen. Die Burenpräsidenten wandten sich an Lord Salisbury und erklärten sich bereit, Konzessionen zu machen; aber als Antwort erhielten sie vom englischen Premierminister das berüchtigte Wort: „Keinen Faden von Unabhängigkeit an den Buren!"

Nun begann der Verzweiflungskrieg, den auch das Genie Dewets und Delareys nicht mehr zu Gunsten ihres heldenhaften und edelgesinnten Stammes wenden konnte. Die Verteidigung der Buren wurde von den Engländern mit Einäscherung von Farmen, mit Konzentrationslagern, Kindermord und Hochverratsprozessen beantwortet. Gering an Zahl, kaum der Bevölkerung einer einzigen englischen Stadt zweiter Klasse gleich, schmolz die Burenarmee im Laufe der zweiunddreißig Kriegsmonate zusammen, bis sie die ihnen von England gegebene Gelegenheit ergriffen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

*

Ueber die augenblicklichen Vorgänge und die Stimmung in London liegen nachfolgende Telegramme vor:

London, 2. Juni. Die Veröffentlichung des Friedensschlusses rief ungeheuere Begeisterung hervor. Der Abschluß wurde in allen Kirchen verkündet. Die sich darauf abspielenden Scenen waren geradezu ergreifend. Ueberall wurden Dankgebete gesprochen. Alle Zeitungsbureaus hatten offizielle Berichte ausgehängt, vor denen sich große Menschenmassen drängten, die am Abend durch die Straßen wogten und patriotische Lieder sangen. Es verlautet, daß die Opposition im Unterhaus eine strenge Untersuchung über die Art fordern wird, wie der Krieg geführt worden ist.

London, 2. Juni. Heute mittag 11½ Uhr findet ein Kabinettsrat statt. Blättermeldungen zufolge ist die Nachricht vom Friedensschluß dem König durch Lord Balfour noch Sonnabend um Mitternacht mitgeteilt worden. Bereits am Abend vorher war der König benachrichtigt worden, daß der Friedensschluß ziemlich sicher sei. Der König soll in der letzten Periode der Verhandlungen einen gewissen Druck zu Gunsten des Friedens ausgeübt haben.

London, 2. Juni. Der König richtete an sein Volk eine Botschaft, in welcher es heißt: Die Nachricht von der Einstellung der Feindseligkeiten in Südafrika habe ihn mit hoher Freude erfüllt. Er habe die Hoffnung, daß dem Frieden bald die Wiederherstellung des Wohlstandes in seinen neuen Staaten folgen werde und daß die erbitterten Gefühle, welche durch den Krieg herbeigeführt worden sind, einem aufrichtigen Zusammenwirken sämtlicher Einwohner Südafrikas Platz machen werden zum Wohle des gemeinschaftlichen Landes.

Kein Blatt veröffentlicht den Wortlaut der Friedensbedingungen. Es wird nur ein amtliches Communiqué mitgeteilt, die Regierung hoffe, die notwendigen Dokumente über den Friedensschluß früh genug zu erhalten, um heute im Unterhaus eine offizielle Erklärung abgeben zu können. Diese Erklärung wird von einer Feierlichkeit begleitet sein, wie sie den letzten Generationen nicht mehr erinnerlich sei.

Politische Uebersicht.

Ein agrarischer Vorstoß.

Graf Bülow wird von den Agrariern immer noch nicht — oder längst nicht mehr? — ernst genommen. Sein dreimaliges „Unannehmbar" genügt ihnen noch nicht; sie wollen es ein viertes Mal hören, um sich auch dann nicht von ihm imponieren zu lassen. Der schöne Paris aus der Figaroplauderei, der soeben seine intime Kenntnis der Landwirtschaft durch sein geniales Hasen- und Kaninchengleichnis dargethan hat, wird heute Gelegenheit haben, auch die höhere Mathematik seiner Politik der Diagonalen zu kommentieren. Und es verlautet auch allgemein, Graf Bülow werde heute zu dem Zolltarifantrage der Agrarier im preußischen Landtage in Person das Wort nehmen.

Graf Bülow hat zur Zeit bei den Agrariern noch eine „gute Presse". Er wird als „der beste aller Reichskanzler" gefeiert, dessen warmes agrarisches Herz man ja noch gar nicht kenne und mit dem man nur noch einige Geduld haben müsse, bis er in das Fahrwasser der bewährten Politik des Fürsten Bismarck einlaufen werde. Sie gehen ihm mit allerlei schönen Redensarten um den Bart und winken den allzu lauten Schreiern der Extremen nicht selten ab, allein ein besonderer Respekt vor der Person des Reichskanzlers läßt sich in ihrem Gebahren nicht erkennen. Sie behandeln ihn als eine Art jovialem guten Onkel, den man bei Laune erhalten muß und dessen mehrfache Abweisungen eine künftige Gewährung des Geforderten noch bei Leibe nicht ausschließen.

„Unannehmbar für alle Stadien der Beratung" — so hatte Graf Bülow die agrarischen Tarifsätze in der Zolltarifkommission censiert. Die Agrarier lassen es sich seither angelegen sein, diese — wie sie angeben — voreilige Aeußerung immer wieder materiell in Frage zu stellen und künstlich allerhand neue „Stadien der Beratung" zu schaffen, um eine rednerische Abschwächung dieses hoffnungslosen „Unannehmbar" zu erzielen. Nach dem bayerischen, württembergischen und sächsischen Landtag ist jetzt der preußische Landtag an der Reihe, und hier können sie den Reichskanzler selbst vor die Flinte bekommen — heißt es, wenn er sich stellt. Zum Ueberfluß haben sie gleich zwei Anträge eingebracht, und der moderne Paris wird damit wieder vor eine Schönheitswahl gestellt.

Der erste Antrag, der Antrag Graf Limburg-Stirum, v. Heydebrand, Porsch und Herold, also der Konservativen und des Centrums, will die preußische Staatsregierung auffordern, im Bundesrat für die Kommissionsanträge der Ueberzöllner einzutreten. Im gewöhnlichen Leben würde man in der Zumutung an einen Privatmann, er solle für Dinge eintreten, die er als durchaus unannehmbar bezeichnet hat, ganz mit Recht eine Unverschämtheit sehen. Im parlamentarischen Leben wird so etwas ohne viele Umstände eingefädelt, und die Konservativen schneiden naiv-lächelnde Mienen, wenn sie dem „besten aller Reichskanzler" diese Zumutung präsentieren. Der Antrag ist von 233 Mitgliedern, also der Mehrheit des Junkerparlaments, unterzeichnet.

Ein zweiter Antrag, den namens der Freikonservativen, Herr v. Zedlitz, eingebracht hat, will den vorstehenden Antrag dahin amendieren, die preußische Staatsregierung solle im Bundesrat für eine „Verständigung" mit dem Reichstag betreffs Verstärkung des Zollschutzes für agrarische Produkte eintreten.

Die Nationalliberalen wollen der peinlichen Situation dadurch ausweichen, daß sie die Kompetenz des Landtags in Fragen der Reichsgesetzgebung in Frage ziehen. Als ob der preußische Landtag nicht schon so und so oft — sogar unter der Mitwirkung der Nationalliberalen, siehe das „kleine Sozialistengesetz" in Preußen 1897! — gegen den Reichstag ausgespielt worden wäre.

Die Anträge sind bereits vor 2½ Monaten eingebracht und nur vorläufig wieder zurückgezogen worden, weil man ihre Beratung auf einen passenderen Zeitpunkt verschieben wollte. Jetzt scheint den Agrariern der Zeitpunkt zu einem solchen Vorstoß gekommen. Warum? — Das ist aus der augenblicklichen Situation wenig ersichtlich. Wohl möglich, daß das bis zur Stunde Geheimwissenschaft der Agrarier ist. Sie haben ja so manche intime Beziehungen, und wenn der Kanzler sein Herz dem Pariser Figaro öffnet, wäre es auch nicht ausgeschlossen, daß der agrarische Aufklärungsdienst von einer veränderten Situation in Regierungskreisen Wind bekommen hätte.

Darüber wird erst die heutige Verhandlung Licht verbreiten.

Zur französischen Ministerkrise.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Ungewißheit der Lage, wie sie insbesondere durch die verfrühte Demission des Ministeriums geschaffen wurde, wird noch durch einen unberechenbaren Faktor gesteigert — durch den persönlichen Willen des Präsidenten Loubet, dem ja wenigstens formal die Hauptrolle im Krisenschauspiel zufällt. „Loubet, hilf!" riefen die geschlagenen Méliniſten schon während seiner Allianzreise, ihn an seine „gemäßigte" Parteigängerschaft von ehedem erinnernd. Jetzt hat Loubet in Dünkirchen eine Galarede gehalten, die selbst seine nationalistischen Feinde mit freudigen Hoffnungen erfüllt. Die Reise nach dem Knutenreich hat ihn idyllisch gestimmt. Von der schönen Petersburger Ferne gesehen, erscheinen ihm die französischen Parteikämpfe „hohl" und „unfruchtbar": ein Land lebe vor allem von Industrie, Landwirtschaft und Handel, die „Einigung aller guten Bürger" sei also patriotische Pflicht. Die geschlagenen Kämpen der Reaktion, die monatelang in einem fort von der „Wegfegung" der Republikaner gesprochen hatten, jubeln nun der Beschwichtigungsrede Loubets zu. Zwar hat der Präsident auch ein Wörtchen für die „sozialen Reformen" und „das zu lindernde Elend" übrig gehabt, aber diese Redensarten stehen ja in allen Parteiprogrammen. Die Hauptsache ist, daß Loubet seine Neigung zu einem „Beschwichtigungs"-Ministerium kundgegeben zu haben scheint. Die Beschwichtigung aber nach einer Kampfperiode, die mit der Niederlage der Reaktion geendet, bedeutet in Frankreich von jeher einen Friedensschluß zu Gunsten der Reaktion, der dann einen neuen reaktionären Ansturm, eine neue Landeskrise, vorbereitet.

Die linksrepublikanischen Gruppen scheinen entschlossen zu sein, sich nicht um die Früchte ihres Sieges prellen zu lassen. Die „sozialistischen Radikalen", die „radikale Linke" und die „demokratische Union" (diese Gruppe ist eine Uebergangsstufe zwischen den Radikalen und den Bourgeoisrepublikanern bezw. der linke Flügel der letzteren; in der alten Kammer nannte sie sich „progressistische Union", jetzt hat sie ihren Namen ge-

---

Offene Arme, komm, komm! — —

Und nun mußte sie von der Mutter oder von Kjel Reisegeld haben — mußte — mußte. — — — —

Ihre Abreise war für viele ein unlösbares Rätsel, das noch weit länger alle Gemüter beschäftigt haben würde, wenn nicht plötzlich die Aufmerksamkeit vollständig von neuen Gerüchten über Fallimente unter den Besitzern des Svartswaldes in Anspruch genommen worden wäre, und der Frage, inwieweit Kjel Baarvigs Besitz unter Administration gegeben werden solle.

Und immer noch tauchten neue Gerüchte auf.

Man erzählte daß Frau Thekla zum Vogt hinaufgefahren sei und verlangt habe, ein vollständiges Verzeichnis ihrer Pelzsachen, Seidenkleider und Schmucksachen abzuliefern; sie wenigstens wollte über alles Rechenschaft ablegen, alles herausgeben, alles, alles. Sie hatte sich erst beruhigt, als man ihr erklärt, daß die vorläufig von Kjel selbst verfaßte Bilanz einen Ueberschuß von nicht weniger als sechzig Tausend ergebe.

Als Endre mit einem Ungestüm, der bei ihm ganz ungewohnt war, ins Zimmer stürzte, um die Nachricht zu übrbringen, sprach Frau Bente kein Wort.

Sie war mit dem fertig, was für alle anderen erst begann.

Alles schon durchgekämpft und durchgestritten . . .

Was geschehen konnte, hatte sie schon vorhergesehen . . . und noch mehr . . .

So lange es noch einen Funken Hoffnung giebt, — vergiß das nicht, Bente, hatte Baarvig gesagt.

Jetzt wollte sie nur noch das verteidigen, was ihr übrig blieb.

(Schluß folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ändert, um ihren Gegensatz zu den „progressistischen Mélinisten zu markieren) suchen dem Präsidenten Loubet den richtigen Weg zu zeigen. Das ist durch Resolutionen ihrer konstituierenden Fraktionsversammlungen geschehen. Die demokratische Union erklärt ihren Entschluß, „die demokratische und entschieden antiklerikale Politik des Ministeriums Waldeck-Rousseau fortsetzen zu wollen." Die Fraktionsversammlung der sozialistischen Radikalen erachtet in nicht mißzuverstehender Sprache, „daß die republikanische Mehrheit der Kammer nur eine Regierung acceptieren kann, die aus dem republikanischen Bloc (Kartell) genommen würde, der in den letzten Wahlen triumphiert hat" (d. h. unter Ausschluß der Mélinisten); ferner ist sie entschlossen, „eine entschieden antiklerikale Aktion zu bethätigen, das Vereinsgesetz (gegen die Mönchsorden) mit der größten Festigkeit anzuwenden und die demokratischen und sozialen Reformen zu verwirklichen". Zugleich hat die linksradikale Fraktion beschlossen, Gesetzentwürfe über die zweijährige Dienstzeit und die Einkommensteuer zu beantragen. Die radikale Fraktion endlich erklärt sich mit den zwei anderen Fraktionen solidarisch und „appelliert an die Republikaner, die entschlossen sind, ohne Kompromiß mit der Rechten und den Cäsarianern eine demokratisch-reformerische und entschieden antiklerikale Politik zu befolgen."

Ferner werden sich die drei genannten Fraktionen mit der jaurèsistischen Kammerfraktion über einen gemeinsamen Kandidaten für die Kammerpräsidentschaft verständigen. Ein solcher ist bereits von den Radikalen aufgestellt worden — Léon Bourgeois, dessen Kandidatur der Zustimmung sämtlicher Linksrepublikaner sicher ist. Wird Bourgeois gewählt, dann wird Loubet den Fingerzeig wohl verstehen und seine idyllischen Pläne auf bessere Zeiten verschieben.

*

Inzwischen ist, wie der Verlauf der gestrigen Kammersitzung ausweist, Bourgeois thatsächlich zum Kammerpräsidenten gewählt worden. Wolffs Bureau berichtet darüber:

Paris, 1. Juni. Die Deputiertenkammer wurde heute nachmittag eröffnet. Es herrscht lebhafte Bewegung im Saale. Fast alle Deputierten sind anwesend. Der Alterspräsident Rauline eröffnet die Sitzung und hält eine Ansprache, in der er die Deputierten zur Einigkeit auffordert und alsdann dem Mitgefühl der Kammer für die Bevölkerung auf Martinique Ausdruck giebt. (Beifall.) Darauf wird zur Wahl des provisorischen Präsidenten geschritten. Hierbei wurde **Bourgeois** mit **303** Stimmen gewählt. Deschanel erhielt **267** Stimmen.

Zu provisorischen Vicepräsidenten wurden Etienne mit 292 und Maurice Faure mit 281 Stimmen gewählt. Die Wahl Bourgeois zum Präsidenten wurde von der ganzen Linken mit stürmischen Hochrufen auf die Repuplik begrüßt. Einzelne Nationalisten riefen: „Nieder mit den Juden", worauf die Sozialisten antiklerikale Rufe ausstießen.

Bourgeois übernimmt das Präsidium, spricht für seine Wahl den Dank aus und schätzt sich glücklich zu dem Erfolge der Reise Loubets nach Petersburg, welche die Bande, die die beiden befreundeten und verbündeten Nationen verbinden, noch enger geknüpft habe. Bourgeois spricht alsdann sein Mitgefühl aus für die Opfer der Katastrophe auf Martinique und verliest die aus verschiedenen Ländern aus diesem Anlasse eingegangenen Adressen. Auf Antrag Gérault Richard beschließt das Haus eine Adresse, in welcher der Sympathie Ausdruck gegeben wird, an die Bewohner von Martinique zu richten. Hierauf wird die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufgehoben.

Deutsches Reich.

Intra muros.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Student, der eine zu Gunsten der Brotwucherer abwiegelnde Aeußerung des Professors Schmoller aus dessen Kolleg der Oeffentlichkeit übergeben hat, nun auch noch mit der akademischen Rute gezüchtigt worden ist. Er hat das consilium abeundi unterschreiben müssen, und nach all diesen Prügeln wird es um die Zukunft des armen Teufels in der bürgerlichen Welt übel aussehen. Man muß gestehen, daß Herr Schmoller seine Revanche gründlich zu nehmen versteht.

Was uns veranlaßt, auf die klägliche Sache, die auch in der bürgerlichen Presse, wie wir zu ihrer Ehre anerkennen müssen, die peinlichsten Empfindungen hervorruft, noch einmal zurückzukommen, das ist der von dem akademischen Senat proklamierte Grundsatz, daß die Vorlesungen intra muros universitatis bleiben müssen. Damit wird die glorreichste Episode der Berliner Universität in einer Weise verleugnet, der man die Konsequenz insofern nicht absprechen kann, als sie den moralischen Verfall dieser Hochschule in klassischer Weise illustriert.

Es war gleich nach ihrer Gründung, vor nunmehr bald hundert Jahren, als Fichte in ihren Hörsälen seine Reden an die deutsche Nation hielt. Manchem unserer Leser wird bekannt sein, daß Lassalle einmal über diese Reden sagt: „Hier, in dieser Stadt, warf Fichte den fremden Eroberern jene Gedankenflamme entgegen, welche noch heute die Brust eines jeden, der Begeisterung nicht ganz erstorbenen Deutschen mit einem heiligen Feuer durchdringen. Hier in dieser Stadt hielt er jene Reden an die deutsche Nation, die, eines der gewaltigsten Ruhmesdenkmäler unseres Volkes, an Tiefe und Kraft weithin alles übertreffen, was uns in dieser Gattung aus der Litteratur aller Zeiten und Völker überliefert ist. Hier in dieser Stadt hielt er jene Reden 1808, in einer Zeit, wo alles feige und erschrocken sich dem Weltherrscher unterwarf, er allein widerstehend, den Blitz des Gedankens schwingend in der Hand, das Auge fest auf das Ewige gerichtet und aller Gefahr spottend bei einem Unternehmen, das, wie er selbst sagte, von vornherein auf die Gefahr des Todes begonnen ward." So Lassalle, und man kann sagen, daß sein Urteil bisher allgemeine Geltung gehabt hat; man kann in jedem bürgerlichen Geschichtswerk lesen, wie sehr Fichtes Reden an die deutsche Nation ein Ruhmestitel dieser Nation in jener Zeit der nationalen Unterdrückung gewesen sind.

Jetzt erfahren wir durch die Berliner Universität, daß Fichte gegen die akademische Ordnung verstoßen hat. Der Unglückliche wollte ja gerade extra, und nicht etwa intra muros sprechen; das Katheder sollte ihm die Stätte sein, von wo er zum ganzen Volk reden, es aus seiner feigen Ermattung aufrütteln zum trotzigen Kampfe gegen die Unterdrücker aufrufen wollte. Umgeben von französischen Spähern sprach er mit schallender Stimme über die Mauern der Universität hinaus, mit dem Wunsche, unendlich viel weiter gehört zu werden, als der Laut seiner Stimme drang, auf die Gefahr hin, am nächsten Morgen auf dem Sandhaufen unter französischen Kugeln zu verbluten.

Mit gesträubten Perücken erklären uns jetzt die Berliner Professoren: Schlimm genug, daß ihm dieser Verstoß gegen die akademische Ordnung so hingegangen ist. Er verriet das Allerheiligste der Wissenschaft, da er extra muros sprach, während er doch nur intra muros sprechen durfte. Freilich, hätte er intra muros gesprochen, so wäre er nicht ein Held, sondern ein unnützer Schwätzer gewesen; aber damals waren auch noch barbarische Zeiten, und jetzt leben wir im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte, wo unsere gedeihliche Stallfütterung zu Ehren der herrschenden Klassen nicht gestört werden darf.

Wir erkennen die zwingende Macht dieser Beredsamkeit an. Und wir freuen uns selbst des Restes von epigrammatischer Schärfe, der eine hundertjährige Geschichte schmählichen Niederganges, die Abwandlung der Berliner Universität aus einer Stätte des freien Gedankens in eine Dressierschule für gehorsame Unterthanen, in die wenigen Buchstaben zu kleiden weiß: intra muros!

---

* **Berlin**, 2. Juni. In der 22. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses wurde heute die **Polenvorlage** mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen. —

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die heute ausgegebene Nummer 22 des Centralblattes für das deutsche Reich enthält in einer Beilage die Ausführungsbestimmungen, welche der Bundesrat zu dem **Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz** beschlossen hat. Die Festsetzung des Zeitpunktes, mit welchem das Gesetz seinem Gesamtumfange nach in Kraft tritt, ist darin noch offen gehalten. Wie wir hören, soll hierüber eine besondere Beschlußfassung erfolgen, sobald feststeht, bis wann die Einzelstaaten mit ihren Vorbereitungen und Einrichtungen für die Durchführung des Gesetzes fertig sein werden. —

Wie der Reichsanzeiger meldet, ist der Professor der Theologie Dr. **Harnack** zum Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Künste ernannt worden. —

Die Vorlage über die **Aufhebung des Diktaturparagraphen** ist vom Reichskanzler dem Bundesrat unterm 27. Mai zur Beschlußnahme vorgelegt worden. Eine kurze Begründung ist der Vorlage beigefügt.

Die Schnaps- und Zuckerwoche. Der Reichstag tritt morgen wieder zusammen, um zunächst das Saccharingesetz, dann die Branntweinsteuervorlage und die Brüsseler Zuckerkonvention zu beraten und — zu erledigen, so Gott und die Agrarier wollen. Zwar haben sie gewaltig Alarm geblasen, und Konservative und Centrum haben einen energischen Fraktionsappell erlassen, — Herr Oertel hat sogar einen eigenen Pranger errichtet, an dem er die Namen der Saumseligen mitleidlos ausstellen will — allein diese Anstrengungen gelten ganz gewiß nicht dem Zuckergesetz; im Gegenteil hat das Zuckerkartell alle parlamentarischen Kräfte und Mittel mobil gemacht, um die Entscheidung bis zum Herbst zu verschleppen. Hier wird also der agrarische Landsturm, — wenn er sich überhaupt zusammentrollen läßt — keine positive Arbeit verrichten. Dagegen brennen die Agrarier auf eine Erledigung des Branntweinsteuergesetzes, zumal sich die Spiritusindustrie vor einer Katastrophe befindet. Die Exportprämien hatten die Branntweinproduktion ungesund gesteigert, und als der Rückschlag kam und der Export zurückging, mußten die Brenner den Absatz von Spiritus im Inland zu heben suchen. Dies kann nur auf dem Gebiete der Verwendung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken geschehen. Um den höheren Absatz dieses „denaturierten" Spiritus zu ermöglichen, muß er verbilligt werden und diese Verbilligung wird alsdann auf den Trinkbranntwein abgewälzt. Diesem Zwecke des Spiritusrings dient die Brennsteuer, und auch die jetzt geplante Abänderung des Gesetzes wird in verstärktem Maße darauf hinauslaufen.

Die Verhandlungen über die Vorlage, wie sie jetzt aus der Kommission hervorgegangen ist, werden, wenn die Reichsboten so lange aushalten, die ganzen schönen Zusammenhänge der Spiritusgesetzgebung aufdecken. Es bleibt abzuwarten, ob es der Opposition gelingt, eine endgültige Abstimmung über die Vorlage wenigstens bis zur Abstimmung über das Zuckersteuergesetz zu verschieben, wie das geplant ist. Die bekannte „Loyalität" der Agrarier wird das, wenn irgend möglich, zu verhindern suchen, und der zusammengetrommelte agrarische Landsturm würde sofort auseinanderlaufen, wenn er seinen Schnaps gerettet hätte.

Als Versuchskaninchen für die Agrarier sind **12 Tage** lang fünf Menschen mit Borsäurepräparaten gefüttert worden, bis sich die gewollten Folgen in „Verminderung der Ausnutzung des Eiweißes und der Fette der Nahrung im Darm, gesteigerte Wasserabgabe und Gewichtsabnahme" zeigten. Also verkündet die Norddeutsche Allgemeine in einer spaltenlangen Veröffentlichung des Reichsgesundheitsamtes zum Borsäureverbot.

Da wir doch einmal bei der Kaninchenpolitik angelangt sind, könnte man ja auch vollends zur Vivisektion vorschreiten.

Graf Hoensbroech noch einmal in der Löwenhöhle. Er hat wieder in München gesprochen, aber nach der angekündigten feindlichen Demonstration sah man sich vergeblich um. Der Redner führte aus, daß sowohl dogmatische wie bürgerliche Toleranz von Rom niemals geduldet werden würde, sei doch z. B. in dem von hervorragenden katholischen Gelehrten herausgegebenen Staatslexikon zu lesen: Niemals ist Religionsfreiheit ein soziales Gut. Am Schlusse seiner anderthalbstündigen Ausführungen machte der Redner noch ein artiges Kompliment vor der Sozialdemokratie, in der, „abgesehen von ihren theoretischen Machereien" ein ganz berechtigter Kern stecke und die für unsere Zustände in vieler Beziehung geradezu segensreich sei. (Stürmischer Beifall.) Nicht die Sozialdemokratie, sondern der Ultramontanismus sei die Gefahr. Denn dieser wolle das Volk geistig und materiell zu Grunde richten.

Widerspenstige Kaninchen. Wie ein bürgerliches Korrespondenzbureau meldet, haben die im Wreschener Schulkinderprozeß Verurteilten heute ihre Strafe in den Gefängnissen in Gnesen und Wronke angetreten. Drei von den Verurteilten sind flüchtig. Die Widerspenstigkeit der Wreschener Schulkinder soll immer größeren Umfang annehmen.

Zuletzt wird die Bülowsche Kaninchenpolitik dahin kommen, der polnischen Spezies mit denselben Radikalmitteln zu begegnen, mit denen ihr der Kaninchenzüchter bei seinen Kaninchen entgegentritt. Aus der Schule wird der Nationalitätenkampf in die Familie getragen und die polnische Fortpflanzung staatlich durch Gendarmen reglementiert. Eine „Politik der Nadelstiche" wäre das allerdings nicht . . . .

Invalidendank. Wie bekannt, ist kürzlich auf dem Lechfeld der Oberlieutenant Hiller mit einem durch einen Blitzstrahl in Brand geratenen Fesselballon abgestürzt und hat sich dabei beide Oberschenkel gebrochen. Welche Pension erhält nun dieser im Dienste verunglückte Offizier? Die Antwort darauf giebt in der Münchener Post der ehemalige Offizier Rudolf Krafft: **567 Mk.** jährlich, also monatlich 47 Mk. 25 Pfg. Sollte dem Herr ein Bein gänzlich gelähmt bleiben, so bekommt er 1167 Mk. im Jahr, also monatlich 97 Mk. 25 Pfg.; werden ihm beide Beine gelähmt, wird er also ein zeitlebens an Rollstuhl und Krücken gefesselter Krüppel, so erhält er 1767 Mk. jährlich, daher im Monat 147 Mk. 25 Pfg.

W. **Wahlanleitung.** In der Gemeinde Roßberg bei Beuthen waren bei der letzten Gemeindevertreterwahl, in der sich Gemeindepartei (Besitzer in der Gemeinde) und Grubenpartei (Partei der Verwaltung der Heinitzgrube in Roßberg) gegenüberstanden, eine Reihe höchst gewagter Wählerbeeinflussungen vorgekommen. Insbesondere waren, als die Grubenpartei besiegt zu werden schien, auf Anweisung eines Obersteigers die Arbeiter der Heinitzgrube aus der Grube mitten in der Schichtzeit herausgeholt, zum Wahllokal geführt und zur Abstimmung für die Grubenkandidaten veranlaßt worden. Diese Vorgänge, über die die katholische oberschlesische Volksstimme aus Gleiwitz tief empört war, weil ihre Partei, die der Roßberger Besitzer, durch den Kniff der Grubenpartei unterlegen war, führte zu einem Beleidigungsprozeß zwischen dieser Zeitung und dem Ortsvorsteher Reitzenstein in Roßberg. Der in Betracht kommende Redakteur der Volksstimme wurde mit 30 Mk. bestraft, obwohl seine Angaben über die Wahlbeeinflussung sich als richtig erwiesen. In der Urteilsbegründung führte das Gericht nach der Angabe der Volksstimme aus: Das Gericht ist der Ansicht, daß es fraglich ist, ob die bekundeten Vorkommnisse Wahlbeeinflussungen oder nicht vielmehr ein dem Arbeitgeber zustehendes Recht sind, den Arbeiter zur Wahl anzuleiten.

Allerdings: in Oberschlesien macht man das so; selbst das größte Unrecht besteht hier zu Recht. Vielleicht findet sich ein Jurist in Beuthen, der das Wahlanleitungsrecht der Grubengrafen in einem neuen Gesetz darstellt.

-r. **Aus Baden**, 1. Juni. Die gestrigen Debatten der Zweiten Kammer über die zur Frage der Gemeindewahlreform vorliegenden Anträge haben ein äußerst dürftiges Resultat gezeitigt. Seit langen Jahren wird die Bewegung zur Erweiterung des Gemeindewahlrechtes durch direkte Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister durch die Gemeindebürger im ganzen Lande genährt und hat auch auf früheren Landtagen schon in einstimmigen Meinungskundgebungen der Volksvertretung ihren Ausdruck gefunden. Wohl oder übel mußte die Regierung durch Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes der einmütig kundgegebenen Stimmung des Landes Rechnung tragen; was aber dabei herauskam, das kann nichts weniger als eine Verbesserung des bestehenden Zustandes genannt werden. Alles, was der Minister Schenkel zugestehen will, ist die Hinaufsetzung der Grenze der direkt wählenden Gemeinden von bisher 1000 auf künftighin 2000 Einwohner, während der letzte Landtag die direkte Wahl allen nicht der Städteordnung unterstehenden, das ist allen Gemeinden des Landes mit Ausnahme der Städte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim, Heidelberg, Konstanz, B.-Baden, Bruchsal und Lahr, hatte einräumen wollen. Die Erste Kammer hatte dem diesbezüglichen, mit erheblicher Mehrheit angenommenen Antrag der Linken die Zustimmung verweigert und die Regierung dadurch in ihrem Widerstand gegen den Willen der Volkskammer bestärkt. So kam es, daß diese auch zu der minimalen Konzession, die sie jetzt den Wünschen der Bevölkerung machen will, sich ursprünglich nur bereit erklärte unter der Bedingung, daß die Gemeinderäte der direkt wählenden Orte zu je einem Drittel durch die Angehörigen der Klassen gewählt werden, die für die Wahl des Bürgerausschusses gebildet sind. Diese Klasseneinteilung erfolgt nun nach dem Steuercensus, und zwar so, daß die Klasse der Höchstbesteuerten aus dem ersten, diejenige der Mittelbesteuerten aus den folgenden beiden und die der Niederstbesteuerten aus den letzten drei Sechsteln des gesamten Wahlkörpers zusammengesetzt wird. Die Höchstbesteuerten haben also dreimal so viel Wahlrecht als die Niederen und sollen dieses Uebergewicht künftighin also nicht bloß bei den Bürgerausschuß-, sondern auch bei den Gemeinderatswahlen in die Wagschale werfen können.

Der Widerspruch der Volkskammer gegen diese seltsame Beschlimmbesserung des Gemeindewahlrechts war bei den gestrigen Debatten denn auch einmütig; keine einzige Partei wagte dem Vorschlage der Regierung zuzustimmen, die darauf erklären ließ, das sie, wenn auch ungern, auf die Klassenwahl verzichten werde, falls auch die Zweite Kammer ihre allzu weitgehenden Wünsche zurückstellen würde, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden. Dieser Wunsch des Ministers war nun auch den beiden großen Parteien der Kammer, Nationalliberalen und Klerikalen, Befehl: sie sangen zwar dem direkten Gemeindewahlrecht „im Princip" ein Loblied, erklärten sich aber schließlich mit der Einwohnergrenze von 2000 für dieses einverstanden, wenn auch „mit schwerem Herzen". So wurde der sozialistisch-demokratische Antrag auf direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte in sämtlichen nicht der Städteordnung unterstehenden Orten mit allen gegen 11 Stimmen abgelehnt und die Vorlage der Regierung angenommen.

Eine zweite, damit in Verbindung stehende Vorlage betraf die Gemeindebesteuerung und war veranlaßt durch die auf dem letzten Landtag erfolgte Hinaufsetzung der Freigrenze der staatlichen Einkommensteuer von 500 auf 900 Mk. Da nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung die Gemeindebesteuerung sich nach den Staatssteuern zu richten hat, so wäre auch für die Gemeinden eine Verschiebung der steuerlichen Freigrenze geboten gewesen. Bei der Beratung der Einkommensteuergesetz-Novelle war man aber bereits von dem Standpunkte ausgegangen, daß es nicht angängig sei, einer großen Anzahl von Einwohnern das Wahlrecht, das sie bisher besessen hatten, zu entziehen. Aus diesem Grunde sieht die Vorlage betr. die Gemeindebesteuerung auch von einer Verschiebung der Freigrenze ab und beläßt es bei der bisherigen Bestimmung, nach der die Steuerpflicht mit 500 Mk. Einkommen beginnt. Die Zweite Kammer trat dem Standpunkte der Regierung einstimmig bei.

Rußland.

Der Geschmack des Herr v. Plehwe.

Ein Berichterstatter des Matin interviewte in Petersburg den neuen russischen Minister des Innern, v. Plehwe. Der Minister sagte u. a.: „Attentate werden vielleicht in den nächsten zwei Monaten noch vorkommen. Ich bin sicher, daß sie dann seltener sein werden. Die revolutionäre Partei ist nur stark durch die Schwäche der Polizei. Die körperlichen Züchtigungen werden abgeschafft werden, **aber es ist noch zu früh.** Man braucht Mittel, um die mehr unwissende als schuldige Menge zu meistern. Ich ziehe die Ruten den Flinten vor.

Vielleicht nehmen sich die russischen Revolutionäre die Vorliebe des Herrn v. Plehwe für die Ruten **ad notam** und machen ihn gelegentlich einmal mit deren Reizen näher bekannt.

Hierzu eine Beilage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Nach gründlicher Renovation und gänzlichem Umbau

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Restaurant und Gesellschaftshaus Johannisthal

Hospitalstrasse 22.

Grosse freundl. Restaurations- u. diverse Gesellschaftsräume. Saal mit praktikabler Bühne.
Idyllischer Garten mit prachtvollem Gesamtausblick über das Johannisthal.

Vorzügliche Küche. — Grosser bürgerlicher Mittagstisch.

Reichhaltige Tages- und Stammkarte (stets der Saison entsprechend).
ff. Biere: Riebeck & Co., Lager u. Pilsener, Reichelbräu (Kulmbach), Döllnitzer Gose etc. Weine erster Häuser.
Vereinen etc. empfehle meine komfortablen Lokalitäten, ganz besonders auch Privaten zur Abhaltung von Familienfestlichkeiten.

Leipzig, den 1. Juni 1902.

Hochachtungsvoll
Ewald Kaetzler.

5198]

Maurer!

Dienstag den 3. Juni abends 8 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Saale des **Pantheon, Dresdener Straße.**

Tagesordnung: 1. **Vortrag** von Herrn Redakteur **Jaeckh** über **Arbeiterpolitik und Sozialdemokratie.** 2. Innere Berufsangelegenheiten.

NB. Die Verbandskollegen werden ersucht, die **Mitgliedsbücher** in der Versammlung zur Abstempelung vorzulegen.

5099] **Der Einberufer.**

Achtung, Steinarbeiter.

Dienstag den 3. Juni abends 1/2 8 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Römischen Hofe, Mittelstraße.

Tagesordnung: 1. **Bericht vom Kongreß.** 2. Sommerfest. 3. Gewerkschaftliches. — Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen jedes Kollegen.

5194] **Der Vertrauensmann.**

Klempner!

Dienstag den 3. Juni abends 1/2 9 Uhr Versammlung im Coburger Hof, Windmühlenstr. 11. 1. **Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode.** Referent: Genosse **Karl Pinkau.** 2. Gewerkschaftliches. [5193

Krankenunterstützungsverein Markranstädt.

Sonntag den 8. Juni nachmittags punkt 2 Uhr

Generalversammlung in Hönigs Restaurant.

Tagesordnung: 1. Halbjährl. Rechenschaftsbericht. 2. Anträge. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. **Der Vorstand.**
NB. Nichterscheinen nach § 13 des Statuts. [5195

Ausflugs-Ort Gambrinus [5048

Grimma.

Vorzügliches Gast- u. Speisehaus.
Empfehle meine Gast- u. Gesellschaftszimmer. Vereine oder Gesellschaften von 100-150 Personen finden beste Aufnahme. Um gütigen Besuch bittet **Traug. Eulitz.**

Konkursmasse-Ausverkauf.

Die Bestände der Konkursmasse Auguste Schlegel, Kleinzschocher, Plagwitzer Strasse 22, bestehend aus Blusen, Korsetts, Barchenthemden, schwarze, weiße und bunte Kinder- und Frauenschürzen, Stickwolle, Futterstoffe, Spachteleinsätze und Spitzen, Hemdentuch, Bettzeug, Röcke, Strümpfe und Kinderkleider, werden 25 Prozent unter den bisherigen Verkaufspreisen abgegeben. Geöffnet früh von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 7 Uhr. [4973

Paul Gottschalck, Konkursverwalter.

Voeckler & Roh

Schirmfabrik

I. Detailgeschäft:
Thomasgasse 1 (gegenüber dem Bismarckhaus)

II. Detailgeschäft:
Gohlis, Gohliser Str. 47

empfehlen

Sonnen- u. Regenschirme

von den einfachsten bis zu den hocheleganteste Neuheiten der Saison.

Farbige Sonnenschirme
schon von Mk. 1.50 an

Regenschirme
5218] von Mk. 1.— an.

Reparaturen prompt und billigst.

Das Atelier für Photographie

von

Willy Schaarschmidt, Nürnberger Str. 49, p.

empfiehlt sich einem geehrten Publikum zu Aufnahmen von Porträts, Familien- und Vereinsgruppen. [2511

12 Visit (g. F.) Photogr. **5 Mk.** \ zu jedem Dtzd. 1 Dtzd.
12 Kabinett (g. F.) „ **12 Mk.** / Photograph. **gratis.**

Sonntags geöffnet bis 5 Uhr.

Spargel-Plantage Rittergut Hannover-Kleefeld.

Billige Tage. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag. **Billige Tage.**

Bei Einkauf von 3 Pfd., 1 Pfund Bruchspargel,
damit sich jede Hausfrau von der Qualität überzeugen kann. **Suppe 2 Pfd. 25 Pfg.**
Verkaufsstelle: Markthalle 490-491. **Franz Gaudich.** Verkaufsstelle: Markthalle 490-491.

Schwitzer für Herren u. Knaben
giebt billigst ab die Fabrik [3368
Weststrasse 67, pt.

Geschlechtsl.
fr. u. veralt. Fälle behand. nach bew. Meth., gründl., gewissenh., diskret **Schmidt,** Königsplatz 4, II. 9-1, 6-8.

Radfahrer.

Neue Räder unter reeller Garantie von 80—130 M. **Zubehörteile** billigst: **Fußbremsen** 40 ₰, **Carbid** 55 ₰, **Ständer** 50 ₰, **Fußhaken** 25 ₰, **Anschlagglocken** 15 ₰, **Radlaufglocken** 90 ₰, **Griffe** 25 ₰, **Hosenklammern** 80 ₰, **Hosenspangen** 35 ₰, **Blechkotschützer** 2.25 M, **Blockketten** 2.25 M, **Doppelrollenketten** 3.75 M, **Kettenspanner** 35 ₰, **Oellaternen** 85 ₰, **Acetylenlaternen** 1.90 M, **Laternenhalter** 15 ₰, **Luftpumpen** 40 ₰, **Fußpumpen** 1.25 M, **Pedale** 2.50 M, **Engländer** 30 ₰, **Luftschläuche** 3 M, **Laufdecken** mit Garantie 6 M ꝛc. ꝛc.

Leipziger Fahrrad-Haus
Sebastian Bach-Str. 32. [3354
Preisliste gratis. Versand nach ausserh.

Lamps Wunder-Waschblau
Lamps Wunder-Waschblau
Lamps Wunder-Waschblau
Lamps Wunder-Waschblau
Lamps Wunder-Waschblau
anerkannt **bestes Waschblau**
4844] überall zu haben.
Allein-Grosso-Vertrieb: **Brendel-Company, Leipzig,** Petersstr. 36.

Briquett, Marke „Prehlitz".

1 Centner vom Lager	Mk. 0.62
1 Centner frei Haus	Mk. 0.75
10 Centner frei Haus	Mk. 6.50

Pr. Oelsnitzer Steinkohle zu bill. Preisen.
Aug. Bässler, Hohe Str. 46, Ecke Zeitzer Str.

Uhren-Reparaturen auch an Gold- und Schmucksachen, fachgemäß schnell und billig bei [4565
Alex. Schmidt, Dresdener Str. 65. Uhrmacher.

Reise-Koffer Taschen
Touristen-Taschen sowie **alle Lederwaren** in größter Auswahl.
Oswald Bache, Windmühlenstr. 47 am Bayer. Bahnhof.
Eigene Fabrikate. — Billigste Preise.

Reparaturen
an **Uhren** jeder Art, nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei
Gustav Kaniss
Uhrmacher, **Tauchaer Straße 6.**

Gr. Ausw. präm. Kanarienvögel, Heckbauer, Mistk., Nest., Charp., Eierbrot, hochf. Sommerrübsen, 5 Pfd. 1,10 Mk., Ctr. 19 Mk., Ameiseneier, Mehlw., ital. Gofbl. 10 Pfg. empf. **Max Kraft, Poststr. 18.**

Fahrrad-Mechaniker Frenzel
Zeitzer Str. 31 — Eisenbahnstr. 31
repariert, vernickelt, emailliert Fahrräder aller Fabrikate u. liefert alle **Ersatzteile** fachgemäß und billigst.
Neue Fahrräder von 110 Mk. an unter Garantie. [2853
Luftschläuche von 3.75 Mk. an.
Laufdecken von 6.25 Mk. an.
Glocken von 30 Pfg.
Lampen von 1.25 Mk. an.
Seit 12 Jahren größte, beste u. billigste Reparatur-Werkstatt.

Neugebauer, akad. gebild., staatl. nicht geprüft. Praktikant d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, behdlt. u. langj. Erf. Geschlechtskrankh. d. M. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-Leiden, Krampfadergeschwüre ꝛc. mit nachweislich vorzügl. Erfolgen. Fr. **Reichsstr. 33/35**
jetzt Königsplatz 1
Sprechst. 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1; u. ausw. briefl.

Warzen und Gewächse
beseitigt: **Ernst Ulrich,** Barbier

Wohnungsanzeigen.

Plagwitz
Nähe Bahnhof, **Markranstädter Str. 31,** sehr schöne Wohnung f. 380 M pr. 1. Juli zu verm. Näheres das. 1. Etg., bei Göße.

Schöne Wohnung ist zu vermieten. Kleinzschocher, Klingenstr. 46, I.

Drei kleinere Wohnungen
zum Preise von 200 bis 260 Mk. per 1. Juli zu vermieten. Zu erfragen **Lindenau, Merseburger Str. 53, pt.**

Leere Stube u. Kammer zu vermieten. Neuschönef., Eisenbahnstr. 20, Hof III. l.

Leere Stube zu vermieten. Lindenau, Gutsmuthsstr. 35, im Laden.

Leere Ofenstr. Stube für monatl. 6 M zu verm. Klzsch., Schleußiger Weg 27b, I. l.

Leere Ofenstr. Stube per 1. Juli zu vermieten. Plagwitz, Klingenstraße 15, II.

Schlafstelle an Herrn zu vermieten. Kleinzschocher, Bahnhofstraße 20, p. r.

Möbliertes Zimmer als Schlafstelle. Nordstraße 28, IV. l.

Frdl. möbl. Stube als Schlafstelle für Herrn zu verm. Johannisplatz 24, IV.

Freundl. Stübchen sofort zu vermieten. Reudnitz, Gabelsbergerstr. 10, III. Mitte.

Frdl. möbl. Zimmer an 1 od. 2 Herren. A. Wunsch Mittagstisch. Weststr. 84, H. III. l.

Frdl. Schlafstelle zu verm., das. w. 1 Kind in g. Pflege gen. Lind., Hermannstr. 20, I.

Schlafstelle für Herrn zu vermieten. Lindenau, Queckstr. 1, III. l.

Frdl. Schlafstelle, wöch. 2 M, od. leeres Stübch., mon. 5 M, Kleinzsch., Klarastr. 9, IV.

Einz. Leute suchen 1. Juli kl. Wohnung im Ostv. Off. erb. Reudnitz, Feldstr. 21, Sgeb. I.

Vermischte Anzeigen.

20 Mk. Nebenverdienst täglich für jeden leicht und anständig. Anfragen an **Industriewerke Rossbach, D. 205, Pfalz** (Rückmarke). [11061

Saub. **Frau** a. Aufwart. f. einige Stunden ges. Co., Biedermannstr. 23, H. 2, Stgb. I.

Kräftiges Schulmädchen zu 2 Kindern gesucht Georgenstr. 33, IV. l. H.

Ein Kind wird in gute Pflege genommen. Zu erfr. Kleinzsch., Plagwitzer Str. 32, III. l.

Hand- u. Näharbeiten werden gefertigt. Aufträge postlag. Volkm., Idastr. unt. M. S.

Brosche, Monogr. AH, Sonntag Abtnaund., Lind.-Allee, verl. Abzg. Vo., Schulstr. 20, II. r

Sämtl. Buchbinderarb. w. gut u. bill. angefertigt. Reudnitz, Feldstr. 14, II., Teichmann.

Rasieren 10 Pfg. Bayerische Str. 20 c.

Gelber **Dachshund** entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben **Schönau Nr. 14.**

Uhr mit 2 Ketten Freitag abend verloren. Abzugeben Konradstraße, Marienbad.

Familienanzeigen.

Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß die Genossin

Auguste Eichhorn

in **Dresden** an der Proletarierkrankheit verstorben ist. [5212

Allen Verwandten und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß heute nachm. 5 Uhr mein lieber Gatte, unser guter Sohn, Bruder und Schwager

Herr Theod. Reinh. Voigt

nach kurzem schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist.

L.-Neustadt, den 31. Mai 1902.
Marianenstr. 57, II.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 1/4 4 Uhr vom Trauerhause aus statt. [5211

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Sohnes, unseres guten Bruders

Joh. Friedr. Wilh. Naumann

gestorben im Alter von 20 Jahren, können wir nicht unterlassen, allen Freunden und Bekannten von nah u. fern für den reichen Blumenschmuck unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Dank den lieben Jungfrauen u. Jünglingen zu Hartmannsdorf für schönen Palmenzweig und für das Begleiten zur letzten Ruhestätte. Dank auch dem geehrten Gesangverein zu Knautkleeberg für die erhebenden Gesänge am Vorabende des Begräbnisses. Dies alles hat unseren Herzen wohlgethan. Dir aber, teuerer Entschlafener, rufen wir ein „Ruhe sanft" in deine kühle Gruft nach.

Auguste verw. Naumann nebst Kindern.

5200]

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und den schönen Blumenschmuck beim Heimgange unseres einzigen lieben Söhnchens **Max** sagen wir allen herzlichen Dank. Besonders danken wir Herrn Lehrer Kunze und seinen Mitschülern für die Blumen und das ehrenvolle Geleit, dem Billardklub Edelweiß, der Riege Fortschritt, dem Arbeiterverein und den freien Sängern von Stünz für die reichen Kranzspenden. [5199

Stünz, den 31. Mai 1902.

Die tiefgr. Eltern **Alfred Hölzel u. Frau.**

Für die herzliche Teilnahme beim Tode und Begräbnis unserer lieben Mutter und Schwiegermutter [5202

Hanna Elisabeth verw. Vicum geb. Bertram

sagen wir hiermit allen uns. herzl. Dank.
Sellerhausen, Seboygan, Wisc., Ver. St.

Die trauernden Hinterlassenen.

Sonnabend nachmittag verschied nach schwerem Leiden unser treuer Sangesbruder, der **Tischler**

Reinhard Voigt.

Wir verlieren in ihm einen treuen, pflichteifrigen Sangesbruder und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Gesang-Verein Einigkeit Leipzig-Ost.

Sammelpunkt der Mitglieder Dienstag nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. [5204

Bücher kaufen und liefern **Krüger & Co., Kurprinzstr. 12.** Ecke Moltke- und Brandvorwerkstr.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Jaeckh in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf mit untauglichen Waffen.

p. h. **Wien**, 31. Mai. Als vor wenigen Wochen der gemeinsame Kriegsminister, Herr v. Krieghammer, seine Hundertmillionenforderung für die Anschaffung neuer Kanonen in dem politischen Invalidenhaus, der österreichischen Delegation, einbrachte, da warfen sich die radikalsten Schreier in die Brust und unterstützten das Hauptargument der Regierung: „Wir können unsere Armee nicht wehrlos, nicht ohne moderne Waffen lassen. Wenn schon gekämpft werden soll, dann in der möglichst besten Ausrüstung.“ Aber der Krieg mit Rußland ist doch nur eine Möglichkeit. Er kann vielleicht einmal kommen. Sicher ist, daß wir in einem ungleich gefährlicheren, für unsere Interessen ungleich wichtigeren Krieg ja schon mitten drin stehen. Und ebenso sicher, daß wir diesen Kampf mit schlechten, mit untauglichen, weil veralteten Waffen kämpfen, kämpfen müssen, weil die hohe k. k. Regierung das Arsenal, in dem die guten Waffen aufgespeichert liegen, nicht aufmachen will. Es handelt sich um den Ausgleich mit Ungarn.

Die Vorgeschichte der gegenwärtigen kritischen Situation ist an dieser Stelle schon wiederholt dargestellt worden. Im Sommer 1899, mitten in den ärgsten Verfassungswirren, gelang es Herrn v. Szell, mit dem damaligen österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Thun einen Vertrag abzuschließen, demzufolge sich die beiden Staaten unter bedeutender Strafsanktion (der Unmöglichkeit, Handelsverträge länger als bis 1907 abzuschließen) verpflichteten, bis Ende 1902 ihr Zoll- und Handelsbündnis zu erneuern. Nun verzettelt aber Herr v. Szell seit Oktober vorigen Jahres in raffinierter Weise die Verhandlungen, so daß der Termin kaum wird eingehalten werden können. Die österreichische Regierung aber, die in den Ausgleichsfragen immer und seit jeher viel mehr die Interessen des Kaisers als die Interessen der österreichischen Völker zu vertreten gezwungen war, hat diesem Vorgehen gegenüber, um einen für Oesterreich günstigen Ausgleich zu erzielen, zwei Abwehrmittel zur Verfügung. Erstens die Einwilligung zur Zolltrennung, zweitens das direkte Erzwingen eines günstigen Ausgleichs von Ungarn. Hier ist nicht der Platz, zu untersuchen, welche von den beiden Methoden die für Oesterreich nützlichere ist. Aber was wir mit vollem Recht von einer Regierung verlangen können, daß sie den von den beiden ihr zur Verfügung stehenden Wegen, den sie einschlägt, auch mit vollem Nachdruck verfolgt.

Dieses Vertrauen können wir nun zum Ministerium Koerber nicht haben. Und auch in der letzten Herrenhausrede, die von der offiziösen Presse zu einer politischen That ersten Ranges aufzubauschen versucht wird, können wir eine wirkliche That nicht sehen. Die Bevölkerung Oesterreichs möchte sich ja in der Frage des Ausgleichs mit Ungarn, die im Grunde eine Frage der auswärtigen Politik ist, gern hinter Herrn v. Koerber rangieren. Aber sie will zweifellos nicht die Gangart einschlagen, die bei der Echternacher Springprozession beliebt ist: fünf Schritte vor und vier zurück.

Im Regierungsarsenal liegen genug Waffen. Entschließt sich die Regierung zur Zolltrennung, kann es ihr nicht schwer fallen, auch den Ungarn ihren großen Schaden vorzurechnen. Die ungarischen Renten würden einen großen Teil ihres Marktes verlieren, der Zinsfuß würde steigen, der Getreide- und Viehverkauf namhaft erschwert werden. Die große Menge von Fabrikaten, die Ungarn auf absehbare Zeit nicht wird erzeugen können, wird es verteuert beziehen müssen. Aber auch der direkte Weg wäre nicht ohne. Es giebt da politische und wirtschaftliche Pressionsmittel. Die Aufdeckung der wahren, nicht sehr günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse Ungarns, das Aufhören der großen Begünstigung Ungarns bei der Kreditgewährung durch die Bank, eine entsprechende Eisenbahntarifpolitik sind nur einige Maßregeln, die leicht vermehrt werden könnten. Auch politisch könnte man dem auf die Unterdrückung der nichtmagyarischen Nationalitäten aufgebauten ungarischen Staatswesen schon an den Leib gehen. Die 1½ Millionen Deutsche im Banat sind eine Pulvermine, zu der man von Wien aus mit einiger Energie ganz gut einen Draht legen kann. Die 2 Millionen Slowaken in Oberungarn sind Stammesgenossen der Tschechen. Jedermann aber ist ein Narr, der es auch nur einen Moment für möglich hält, daß Herr v. Koerber diesen schweren Kampf ernsthaft geführt hat, führt oder je führen wird! Was wir jetzt sehen sind Manöver, Spiegelfechtereien, und auch seine letzte Rede im Herrenhaus gehört dazu. Sein wirkliches Bestreben geht dahin, den alten schlechten Ausgleich dem Parlament verdaulich zu machen. Darum jetzt der ganze Rummel. Im Herbst wird Herr v. Koerber dann zweifellos im Parlament erklären: Sie wissen selbst und haben es selbst gesehen, wie ich mich gemüht habe. Aber mehr habe ich nicht herausschlagen können.

Die ganze reichsdeutsche Presse wird Herrn v. Koerber wegen seiner gestrigen Rede feiern. Darum sei festgestellt, daß er diese Rede schon wiederholt gehalten hat, aber jedesmal sie wieder abgeschwächt hat und vor wirklichen Thaten zurückgeschreckt ist. Zwischen Oesterreich und Ungarn ist ein schwerer Interessenkonflikt. Herr v. Szell, der Preiskämpfer Ungarns, kämpft mit allen Mitteln der modernen politischen Technik. Herr v. Koerber allerdings macht die schöneren Gesten. Aber er steckt in einer alten verstaubten Rüstung und Szells Revolver sucht er mit dem schwachen Beamtendegen abzuwehren.

Konsumvereins-Verbandstag.

r. **Leisnig**, 1. Juni.

Der Verband sächsischer Konsumvereine (Unterverband des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) hielt gestern und heute hier seinen 34. ordentlichen Verbandstag ab.

Am Sonnabend bildete einen wichtigen Beratungsgegenstand die Besprechung des Allgemeinen Genossenschaftstages in Baden-Baden. (Auf diesem spielte bekanntlich der von Dr. Crüger statuierte sogenannte Revers, der sich speciell gegen die sächsischen Konsumvereine richtet, die dem Revisionsverband angehören, eine Rolle. Neuerdings hat Herr Crüger einigen dieser Vereine die Aufnahme in den Allgemeinen Verband unter allen Umständen verweigert, weil sie gewisse „Tendenzen“ haben sollen.) Herr Meyer-Glauchau berichtete ganz kurz über den Allgemeinen Genossenschaftstag unter Hinweis auf das ausführliche darüber erschienene Protokoll.

In der Debatte nahm zunächst Herr Fleißner-Dresden das Wort. Er wies darauf hin, daß die Opposition in Baden taktisch unrichtig gehandelt habe, indem sie sich mit der Umänderung des Wortes (des Reverses) politisch in parteipolitisch einverstanden erklärt habe, die Pointe des Reverses liege jedoch in der Unterstellung, die den Konsumvereinen, gegen die der Revers Anwendung finde, gemacht werde. An sich sei es natürlich durchaus selbstverständlich, daß im Konsumvereine Parteipolitik nicht getrieben werde. Gerade in Sachsen seien sich die Verwaltungen und Vorstände der Konsumvereine nie im Zweifel gewesen. Aber die ganze parteipolitische Situation, die zu der Zeit herrschte, als in Sachsen die Konsumvereinsbewegung unter den Arbeitern einen bedeutenden Aufschwung nahm, habe die Phrase von den „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen begünstigt. Herr Dr. Crüger besorge mit seinem Vorgehen gehen die sächsischen Konsumvereine nur die Geschäfte der Gegner. Wenn die Idee der Centralisation der deutschen Konsumvereine propagiert würde, so sei das eine Sache, wegen der man niemand einen Vorwurf machen darf. Und wenn nun die Einsicht Platz gegriffen hat, daß die Gründung dieses Sonderverbandes verfehlt war, die gehegten Hoffnungen nicht erfüllte, so müßte man nun die fraglichen Vereine herzlich willkommen heißen im Allgemeinen Verband. Das wäre genossenschaftlich. (Lebh. Zustimmung.) Herr Crüger habe neuerdings seine Taktik etwas geändert. Jetzt spreche er nicht mehr von politischen Vereinen, sondern von solchen, die „nicht auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stehen“. Redner erörtert dann einen Artikel, der von Crüger in dem Organ des Allgemeinen Verbandes erschienen ist, und in dem eine Reihe der Ansicht Crügers entsprechende Vorwürfe erhoben werden. Der Herr Anwalt sei dafür bis heute die Beweise schuldig geblieben, er solle doch nun endlich einmal damit herausrücken. (Lebhafte Zustimmung.) Wolle Herr Crüger den Frieden unter den Genossenschaften, so müsse er das Verhalten gegen die Konsumvereine, wie er es in neuerer Zeit beliebt, aufgeben. (Lebhafter Beifall.)

Herr Lorenz-Chemnitz ist der Meinung, daß alles Reden über die Sache keinen Zweck mehr habe. Er hätte gewünscht, daß die Streitaxt nach dem Genossenschaftstage in Baden begraben sei. Der Anwalt habe es anders beliebt. Als Theoretiker könne Herr Crüger ja schreiben und reden was er wolle, als Anwalt der Genossenschaften dürfe er die Konsumvereine nicht in dieser Weise bekämpfen. Die Aenderung des Wortes politisch in parteipolitisch erkläre sich daraus, daß die Genossenschaften wohl auch Politik treiben müssen, soweit es das genossenschaftliche Interesse erfordert. Das Verfahren des Anwaltes gegen die sächsischen Konsumvereine sei ganz unverständlich. Durch das Vorgehen gegen die Konsumvereine seien die liberalen Grundsätze des Allgemeinen Verbandes verletzt, indem Zwiespalt in die Genossenschaften getragen werde. (Lebhafter Beifall.)

Anwalt Dr. Crüger erklärte zunächst, daß er ja den Unterverbänden für seine Thätigkeit nicht verantwortlich sei, im engeren Ausschuß aber und beim allgemeinen Genossenschaftstag habe sie mit großer Majorität Billigung gefunden. (Unruhe.) Er wolle sich daher auf wenige Bemerkungen beschränken. Was die Annahme des Reverses in der veränderten Form anlange, so könne sich Herr Fleißner bei v. Elm bedanken, der die Aenderung ja gewünscht habe. Im übrigen müsse er auch hier auf die Veröffentlichungen in der Neuen Zeit, den Sozialistischen Monatsheften ꝛc. hinweisen. Auf Einzelheiten lasse er sich nicht ein. Was Herr Lorenz mit der Doppelnatur: hier Theoretiker, da Anwalt, wolle, verstehe er nicht. Er, Redner, würde das nie fertig bringen. Nach den Vorgängen in Baden könne er keine Konzessionen machen. Der Zwiespalt sei durch die Verhältnisse, nicht durch ihn gekommen. (Widerspruch.) Redner weist in der Beziehung auf die „evolutionistische Bewegung“ hin, die die Kreditgenossenschaften mit der Zeit überflüssig machen will. Daß natürliche Gegensätze in den verschiedenen Genossenschaften bestehen, sei richtig. Als Anwalt habe er die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese Gegensätze möglichst wenig hervortreten. (Heiterkeit.) Wenn er die Sachlichkeit der Diskussion anerkenne, so müsse er um so mehr bedauern, daß in der neuesten Nummer des Wochenberichts bereits wieder scharfe persönliche Angriffe gegen ihn enthalten seien. Er wünsche auch, daß die Kontroversen nun aufhören möchten.

Herr Kaufmann-Hamburg, Redakteur des Wochenbericht (als Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft anwesend), erklärt, daß Herr Crüger die Angriffe eröffnet habe und den Angegriffenen nun im Wochenbericht das Wort verstattet werden müsse.

Herr Fleißner verwahrt sich dagegen, daß Lorenz diese Erörterung als überflüssig bezeichnet habe. Daß wenig Positives dabei herausspringen werde, wisse er auch. Nach den aggressiven Angriffen des Anwalts auf die sächsischen Konsumvereine wäre es aber geradezu unverständlich gewesen, hätte man hier geschwiegen. (Zustimmung.) Vom Herrn Anwalt sei es ein sonderbares Verhalten, sich auf die formale Unverantwortlichkeit zurückzuziehen, statt den Vertretern der Konsumvereine Beweise für seine Behauptungen vorzutragen. Unter solchen Umständen sei die Frage aufzuwerfen, ob nicht eine Einschränkung der persönlichen Macht des Anwaltes im Allgemeinen Verband einzutreten habe. Sein Vorgehen sei diktatorisch. Wenn er sage, er habe gegen Angriffe nicht schweigen können, so soll er sich gegen die angeblichen Angreifer, nicht aber gegen die Konsumvereine wenden. Darin liegt ja gerade das Illoyale. (Beifall.)

Damit war die Debatte erschöpft.

Ueber die eigene Produktion der Konsumvereine referierte Herr Radestock-Dresden. Er empfahl Errichtung und Ausbau von Einkaufsvereinigungen, Einkaufstage, engeren Zusammenschluß der Vereine u. s. w. Die Hauptsache aber sei, statistische Unterlagen für den Bedarf zu schaffen, woran es noch sehr mangele. Auch die Großeinkaufsgesellschaft sei berufen, auf diesem Gebiet die Initiative zu ergreifen. Produktionsgenossenschaften seien nicht zu empfehlen.

In seinem Referat über Konsumvereine und landwirtschaftliche Genossenschaften empfahl der Anwalt Dr. Crüger den Konsumvereinen, nach Möglichkeit die Abnahme von Produkten von den landwirtschaftlichen Genossenschaften. In der Debatte wird darauf hingewiesen, daß in Sachsen diese Genossenschaften nicht viel von den Konsumvereinen wissen wollen, ihre Vertreter die Konsumvereine sogar direkt bekämpfen und für Umsatzsteuer eintreten. Auch das geschäftliche Gebaren dieser Genossenschaften sei nicht immer einwandfrei.

Das Referat über Ruhegehaltskasse hält Herr Tetzner-Potschappel. Er sowohl, als der Anwalt empfiehlt den Verwaltungen der Vereine, für ihre Angestellten durch Versicherung bei der Ruhegehaltskasse des Allgemeinen Verbandes zu sorgen. Herr Arnold-Leipzig nimmt Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß man hier die Konsumvereine für Einrichtungen des Allgemeinen Verbandes zu begeistern suche, während man sie im Verband nicht dulden wolle.

Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag Kötzschenbroda, den Vereinen zu empfehlen, nach Möglichkeit auf Wegfall des Verkaufs von Schwefelhölzern hinzuwirken und nur Schwedenhölzer zu führen. Der Antrag wird u. a. mit der Gesundheitsschädlichkeit der Fabrikation und des Umganges mit Schwefelhölzern begründet. Der Antrag wird angenommen. Ueber den Jahresbericht des Verbandsvorstehers ist schon früher an anderer Stelle nach dem gedruckten Bericht berichtet worden. Der Verbandsvorsteher ergänzte den Bericht noch mündlich in längeren Ausführungen, dabei den Vereinen in verschiedener Richtung beherzigenswerte Winke gebend. — Sehr entschieden wendet sich Herr Dr. Krüger gegen das Borgsystem, das hier und da, wenn auch nur geringfügig, Platz zu greifen scheine. An dem Barzahlungssystem sei sowohl beim Verkauf an die Mitglieder, wie beim Wareneinkauf festzuhalten.

Weiter referiert der Herr Anwalt über die Rechte der Generalversammlung gegenüber der Verwaltung der Genossenschaft. Er bestritt da den principiellen Standpunkt, daß es im Interesse der Genossenschaft liege, wenn die Generalversammlungen nicht mit allen möglichen Verwaltungssachen behelligt würden. Eine allgemeine feste Abgrenzung der Befugnisse sei freilich nicht möglich. Aber die Anstellung von Lagerhaltern, die Errichtung von Verkaufsstellen z. B. sei Sache des Aufsichts-

Kleine Chronik.

Leipzig, 2. Juni.

Das Begräbnis Merians. Sonnabend früh 10 Uhr wurde auf dem Südfriedhofe Hans Merian beerdigt, prunklos und still, wie das Wesen dieses vielseitig gebildeten, reich begabten Schriftstellers war. Unter den ernsten Klängen des Quartetts (vom Arbeiterverein) und eines Bläserchors, wurde die zerfallene Hülle zur Ruhe gebracht, in welcher der umfassende Geist zeltete, dem es innerstes Bedürfnis war, sich am Schönen, Idealen, wie es ihm in Farben, Formen und Tönen entgegentrat, zu sonnen und als edler Mensch dieses Glück anderen zu vermitteln. Welch großer Verlust die Kunstwelt mit dem Hinscheiden Hans Merians betroffen, können nur die voll ermessen, die aus seinen Werken und persönlichen Mitteilungen wissen, welch führende, erfolggekrönte Rolle er in der Bewegung der Künste während der letzten Jahrzehnte eingenommen. Allen aber, die jemals mit Hans Merian zusammengekommen, wird der Mensch, aus dessen goldenem Herzen trotz bitterster Enttäuschungen und unaufhörlicher Unruhe stets nur Milde und Liebe strahlte, unvergeßlich bleiben. Requiescas in pace! Unter den Verehrern und Freunden, die den Teueren zur letzten Ruhe brachten, befanden sich unter anderen Größen aus der Kunst- und Gelehrtenwelt auch die Herren Professor Max Klinger, Prof. His, Dr. Eggebrecht und Herr Stadtrat Hötzel. Letzterer sprach am Grabe als Freund des Entschlafenen aus tiefster Seele kommende Dankes- und Abschiedsworte, die in der Trauerversammlung eine tiefe Ergriffenheit hervorriefen.

H. S.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater findet am Dienstag das einmalige Gesamtgastspiel der Stuttgarter Hofoper statt: Hoffmanns Erzählungen, jene nachgelassene fantastische Oper Offenbachs, die Saint-Saëns als ein künstlerisches Vermächtnis des Komponisten rühmt, der darin als eine wirklich bedeutende musikalische Persönlichkeit erscheine.

Im Alten Theater spielt Herr Anton Franck heute als zweite Gastrolle den Pieper in der Posse Eine tolle Nacht.

Das Alte Theater bleibt bis Sonnabend geschlossen.

Im Neuen Theater gastiert Herr Franck Mittwoch in der Operette Der Vogelhändler und Freitag in dem Lustspiele Im weißen Rößl.

Neues Theater. Abschiedsvorstellung für Herrn Greder. Trotz der hochsommerlichen Schwüle, die am letzten Maiabend herrschte, war doch der Musentempel am Augustusplatz fast bis auf den letzten Platz gefüllt. War's ein Wunder? Einer der volkstümlichsten Komponisten, Albert Lortzing, in dem trotz bitterster Enttäuschungen und fortgesetzter Entbehrungen niemals der innere, melodienreiche Schaffensquell versiechte, brachte mit seinem Wildschütz Frohsinn und Sonnenschein in jedes Herz und einer der bedeutendsten Baculus-Darsteller, unser unvergleichlicher Emil Greder, nahm an diesem Abend Abschied von dem Leipziger Theaterpublikum, das ihn und das er so lieb gewonnen. Es ist ebenso schmerzlich als unbegreiflich, wie ein Künstler, der dem deutschen Volke ein herrliches Werk nach dem anderen schenkte, von seiner Mitwelt so falsch beurteilt und vernachlässigt werden konnte, daß er, sich aus der ständigen Misere dieses Lebens heraussehnend, mit 50 Jahren den Tod als Erlösung begrüßte. Sein Wildschütz, der in Leipzig am 31. Dezember 1842 zum erstenmal gegeben wurde, ist eine der zugkräftigsten und dankbarsten Opern, vorausgesetzt, daß die Darsteller ebenso gute Schauspieler als Sänger sind. Nun, gestern abend wurde auch der Verwöhnteste nach beiden Seiten hin von den beteiligten Künstlern befriedigt. Jeder stand am richtigen Platze, sein Bestes gebend. Den Mittel- und Glanzpunkt des Abends bildete der scheidende Herr Greder, der in seinem Baculus ebenso durch die Grazie und Feinheit seines Spiels wie durch die frischquellende Kraft und Adelung seiner Töne das Haus zu nicht endenwollendem stürmischen Beifall hinriß. Die feine Pointierung gewisser Situationen, gewisser Wendungen, der oft ungekünstelte, schlagende Wortwitz (Scene mit Gretchen, Auftritt mit der Gräfin) und nicht zum mindesten seine echt musikalische Gesangsweise (die große Arie: Fünftausend Thaler, war ein Meisterstück im Vortrag!) waren überzeugende Beweisstücke der hohen Künstlerschaft Greders und machten recht fühlbar, was Leipzig in ihm verliert. Wie dankbar dem Scheidenden die hiesige Kunstgemeinde für die gebotenen vielen genußreichen Stunden ist, konnte er ermessen aus der Fülle der Ehrungen, die ihm von der zahlreichen Zuhörerschaft am Sonnabend widerfuhr. Der tiefbewegte Künstler dankte in warm empfundenen, ehrlichen Worten für all die Liebe und Verehrung, die er in so reichem Maße genossen, besonders anerkennend, daß Leipzig ihn seinem Specialberufe zugeführt und seinem hohen Ziele eines erstklassigen, humorvollen Charakterdarstellers bedeutend genähert habe. Wir wünschen dem scheidenden Künstler, welcher der Kritik ihr saures Amt stets als ein angenehmes erscheinen ließ, daß ihm an der neuen Wirkungsstätte Dresden der Platz an der Sonne vergönnt sei, der dem Hochbegabten gebührt und daß er dort die Liebe so vieler Herzen gewinne, als ihm hier wehmütig-dankbar nachrufen: Auf Wiedersehen!

Die übrigen einheimischen Kräfte gruppierten sich mit bestem Gelingen um den viel Gefeierten. Frl. Gardini war ein ganz reizendes Gretchen und blieb dieser Gestalt nicht das kleinste schuldig. Nicht mit demselben unbestrittenen Erfolge wußte sich Frl. Köhler zu behaupten. Diese Gräfin, die mit ihrer erborgten, aufgeklebten Bildung protzt, war (namentlich in der Scene mit Baculus, 2. Aufzug) viel zu temperamentlos, ohne jede geistige, prägnante Physiognomie, alltäglich. Auch ihr flackernder Gesang ließ kalt. Einen hohen musikalischen Genuß gewährten hingegen die Ensemble-Gesänge. Das Quartett: Kann es im Erdenleben wohl Schöneres noch geben, bestach, a capella gesungen, namentlich durch farbenreiche Schattierung im Vortrage und tadelloses Zusammengehen der vier sich aneinander schmiegenden Stimmen.

H. S.

Altes Theater. Die Journalisten von Gustav Freytag. Unsere Litteratur hat auch ihren eisernen Bestand an guten Lustspielen, aber dieser eiserne Bestand ist keineswegs so groß, daß wir eins von diesen Stücken missen könnten. So müssen uns denn ab und zu auch die Journalisten genügen, obwohl sie uns doch sehr vormärzlich-rückständig anmuten und das elendeste aller Wahlsysteme zur Vorbedingung haben; einem an die großzügigen Wahlkämpfe des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gewohnten Geschlecht erscheint ein Wahlkampf, bei welchem mit 49 gegen 47 Wahlmännerstimmen darüber entschieden wird, wer als Abgeordneter in die Kammer gehen soll, denn doch als ein komisches Stürmchen in einem Glase Wasser und wir werden uns, wenn wir uns über das innere Getriebe eines Zeitungsunternehmens unterrichten wollen, doch lieber an den moderne Zustände schildernden Roman Die papierene Macht von Fedor von Zobeltitz halten, als an Freytags auch in dieser Beziehung stark antiquierte Journalisten. Aber das Stück ist so liebenswürdig geistreich und lustig, daß man sich gern die Mühe nimmt, sich im Geiste in die Zeit seiner Entstehung zurückzuversetzen, und wenn Herr Ernst Müller und Frau Anna Schramm als Piepenbrinksches Ehepaar Arm in Arm auf der Bühne erscheinen, so vergißt man gern, daß man bei 23 Grad Reaumur im Schatten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

rates. Auch kleinliche Beschwerden hätten in den Generalversammlungen zu unterbleiben. Herr Krüger-Dresden ersuchte den Anwalt, auf eine Aenderung des Genossenschaftsgesetzes insofern hinzuwirken, daß eine Aenderung der Zusammensetzung in der Generalversammlung eintritt. In den Vereinen mit viel Mitgliedern könnten diese jetzt gar nicht alle in eine Generalversammlung kommen, weil es so große Lokale gar nicht giebt. Herr Fleißner-Dresden rügt, daß sich viele Verwaltungen aus Opportunitätsrücksichten die Verantwortung bei Gehaltsregelungen vom Halse wälzen, letztere in jedem einzelnen Falle den Generalversammlungen übertragen. Ein weiterer Mißstand sei, daß man bei Ausschreibung von Stellen Gehaltsofferten einfordert, das sei unwürdig, man solle einfach sagen, wie die Stelle dotiert ist. Ferner sei mehr für Aufklärung über das Genossenschaftswesen und -Gesetz unter den Mitgliedern zu sorgen. Der Anwalt stimmt diesen Ausführungen durchaus zu. Zu der Frage, ob es gut und zulässig ist, Frauen bezw. Nichtmitglieder in den Generalversammlungen zuzulassen, erklärt er, daß dies sehr wohl zulässig sei und sogar wünschenswert in Bezug auf die Frauen, es dürfe nur der Gang der Verhandlungen dadurch nicht irritiert werde. Weiter sprachen noch zu dem Referat die Herren Bock-Leipzig, Kaltofen-Dresden, Kaufmann-Hamburg u. a. Im übrigen war die 22 Punkte umfassende Tagesordnung nicht von allgemeinerem Interesse.

Vertreten waren 60 Vereine durch 177 Delegierte. Als Verbandsvorsteher wurde Herr Rabestock wiedergewählt. Im nächsten Jahre wird der Verbandstag in Leipzig-Plagwitz stattfinden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

g. **Der Schlußakt der „Steuerreform“.** Aerger konnten sich die Regierung und der Dreiklassenlandtag nicht vor dem Lande bloßstellen, als durch die jetzt mit Ach und Krach durchgedrückte Verhunzung der schwebenden Steuerprojekte, die man ganz unberechtigt als eine Steuerreform bezeichnet. Besser ließ sich die Unfähigkeit des Dreiklassenlandtages, die zerrütteten Staatsfinanzen ins Gleichgewicht zu bringen, nicht dokumentieren. Das traurige Flickwerk an den bestehenden Steuergesetzen sowohl, als das schamhaft als Ergänzungssteuer bezeichnete, völlig verpfuschte Vermögenssteuergesetz werden immer ein Monument der Staatskunst sein, die mit nägelbeschlagenen Sohlen auf des Volkes Interessen herumtrampelt.

Unsere Voraussagungen hat der Dreiklassenlandtag übertroffen: Die Finanzkalamität bleibt nicht nur bestehen, sie ist durch das Flickwerk verschlimmert worden, da in den nächsten Finanzperioden an eine Reform dieser „Steuerreform“ nicht gedacht werden kann und die wachsende Gefahr geradezu eine gewaltthätige Steueranlage in Aussicht stellt. Aber auch insofern ist unsere Erwartung übertroffen, als der Landtag mit unzweideutiger Klarheit seiner Neigung, die Besitzenden so viel wie möglich zu schonen, freien Lauf ließ. Wir haben wirklich „Schweineglück“. Die elementarste Beredsamkeit könnte die agitatorische Argumentation gegen die finanzielle Mißwirtschaft nicht trefflicher stützen, als die steuertechnische Mißgeburt, genannt Steuerreform, die der edle Dreiklassenlandtag dem Volke als Angebinde für das ger—einigte Landtagswahlrecht brachte.

Mehr noch als unsere Darlegungen wird die praktische Anwendung dieser „Steuerreform“ den Volksmassen zeigen, was sie für zahlungslustige Staatsbürger zu bedeuten hat. Wir werden dann ihre Schmerzen mit den unsrigen teilen.

Hier möchten wir vorläufig nur noch einiges sagen über den Schlußakt, der das finanzielle Unikum zum Abschluß brachte. In den Deputationen der Ersten und Zweiten Kammer hat man alles mögliche versucht, um eine Vermögenssteuer von den Besitzenden fern zu halten. An diesen Manipulationen waren Nationalliberale ebenso beteiligt wie Konservative. So wurde die Zeit verzettelt und die Grundlage für eine wirkliche Steuerreform zerstört. In den Kammern stritt man sich dann mit wichtiger Miene um minder wichtige Teile der Steuerprojekte herum, damit das Volk glauben sollte, es handle sich wirklich um eine außerordentlich schwierige Materie. In Wahrheit nörgelte man daran herum aus Scheu vor den Taschen der Besitzenden.

Damit brachte der Landtag die Regierung in immer schlimmere Lage, denn sie mußte doch den Etat ins Gleichgewicht bringen. Sie kam den Wünschen des Landtages insofern entgegen, als sie den Etat noch ärger mißgestaltete. Es wurden noch mehr Posten des ordentlichen Etats in den außerordentlichen geschoben ꝛc., aber es blieb trotzdem ein Deficit. Nun mußte in letzter Minute etwas geschaffen werden. Wie? das ist bereits geschildert worden. Nachdem aber das Ding zusammengestoppelt war, sann jeder der Teilhaber auf Mittel und Wege, wie er seine Unschuld an der Erzeugung der steuerlichen Mißgeburt vor dem Lande darlegen könnte. Dieses widerliche Bemühen zeichnet den Schlußakt dieser Gesetzesflickerei aus.

Stolz stimmten die Nationalliberalen der Zweiten Kammer gegen die Steuervorlagen, nachdem sie alles gethan, um eine gründliche Reform zu verhindern. Sie tragen ebensoviel Schuld an dem beschämenden Ausgang der Sache, wie die Konservativen; ihr ablehnendes Votum ist darum nur ein taktischer Zug, von Unwahrhaftigkeit geleitet. Es soll ihnen nicht gelingen, sich vor dem Lande rein zu waschen.

Ebenso unwahrhaftig, nur plumper, spielten die Konservativen ihre Rolle im Schlußakt in der Zweiten Kammer. Gerade sie haben stets auf eine Entlastung des Grundbesitzes hingewirkt, schon bei früheren Steuergesetzen, besonders aber, seit das Vermögenssteuerprojekt aufgetaucht ist. Die Befreiung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals entspricht nur diesen Bemühungen, die freilich die Liebesgabenpolitik nicht in so schreiender Ungerechtigkeit dem Lande fühlbar lassen werden wollte.

Schieben also die Konservativen der Zweiten Kammer jetzt die Schuld an dem verpfuschten, ungerechten Steuergesetz der Ersten Kammer allein zu, so ist das eben auch eine Unehrlichkeit, die im Volke gebührend gewürdigt werden wird. Wie billig, die Erste Kammer, die keiner Wahl wie die Zweite Kammer unterliegt, als den Sündenbock hinzustellen und von einer „durch nichts gerechtfertigten Ungerechtigkeit“ zu reden, und dann doch — für diese Ungerechtigkeit zu stimmen. Die Führer der Konservativen in der Zweiten Kammer haben die Sache gut gedeichselt, als sie die Initiative für diese Ungerechtigkeit der Ersten Kammer zuschoben, mit der das Ministerium die „durch nichts gerechtfertigte Ungerechtigkeit“ vereinbarte.

In dieser Beziehung spricht der Dank, den der Finanzminister Dr. Rüger dem Kammerpräsidenten Mehnert darbrachte, ganze Bände. Mehnert habe „alles gethan, um für das Gesetzgebungswerk Stimmung zu machen, und er, der Finanzminister, hoffe, daß man noch oft die Gelegenheit haben möge, sich an den Verdiensten des gegenwärtigen Präsidenten der Zweiten Kammer zu erfreuen“. Das hatte noch zum Abschluß dieser traurigen Steuercampagne gefehlt, den Entrepreneur des Dreiklassenwahlrechts dem Volke als Wohlthäter zu empfehlen. Das konnte man auch nur von dem Minister erwarten, der die Zuchthausthore für die bekannten Löbtauer Verurteilten keine Stunde früher geöffnet sehen wollte, als bis sie ihre Strafe völlig abgebüßt hätten. Was sagt übrigens Herr v. Metzsch, der Minister des Innern, zu diesem ministeriellen Lobe des Ministerstürzers Mehnert? Dieses Lob widerspricht auch der Angabe, daß die Erste Kammer die allein Schuldige an der „durch nichts gerechtfertigten Ungerechtigkeit“ sei.

Bitterer Hohn muß aber die Landtagswähler 3. Klasse, die Wahlentrechteten, erfassen, wenn sie die Wahlentrechteter, konservative und nationalliberale, über Ungerechtigkeit im Landtage vokabulieren hören. Die Ehrenwerten! Das sind sie alle, alle ehrenwert! Als ob es eine größere Ungerechtigkeit gäbe, als die von den vor Entrüstung über die steuerliche Ungerechtigkeit überfließenden Kartellbrüdern verübte Wahlentrechtung! O, der Dreiklassenlandtag stellt das Volk vor die schwersten Geduldsproben; aber gemach, er füllt das Maß selbst bis zum Ueberlaufen.

* * *

Ersparungen auf Kosten der Rechtspflege. Wir teilten dieser Tage mit, daß die Errichtung einer Reihe selbst vom Justizminister für notwendig erachteter Amtsgerichte aus finanziellen Gründen unterbleiben müsse. Die Justiz muß aber auch noch in anderer Beziehung unter der finanziellen Notlage leiden. In den Dresdener Nachrichten finden wir folgenden, offenbar aus richterlichen Kreisen stammenden Klageruf:

In Juristenkreisen macht sich, wie wir einer an uns gerichteten Zuschrift entnehmen, ziemlich allgemein eine Enttäuschung darüber bemerkbar, daß über Besetzung der bereits vor Ostern d. J. von beiden Kammern des Landtags definitiv bewilligten ca. 100 Richterstellen noch nichts verlautet; und zwar sind aus diesem Grunde nicht nur die Assessoren enttäuscht, die baldigst Anstellung erhofften, sondern auch die meisten selbständigen Richter, letztere deshalb, weil sich für sie dadurch die Chance baldiger Gehaltsaufbesserung verschlechtert. Wenn es auch bekannt ist, daß eine Besetzung der Richterstellen vor 1. Mai d. J. von den Ständen nicht gewünscht wurde, so glaubte man doch gerade deshalb darauf rechnen zu können, daß wenigstens ein nennenswerter Bruchteil der neu bewilligten Stellen am 1. Mai d. J. zur Besetzung käme. Leider ist dies nicht geschehen. Es ist dieses Hinausschieben der Stellenbesetzung um so verwunderlicher, als seiner Zeit bei der Begründung im Landtage diese Besetzung als dringend und unaufschiebbar bezeichnet und hervorgehoben wurde, daß namentlich in den Gerichtsferien der Mangel an ordentlichen Richtern sich störend bemerkbar gemacht habe. Die Gerichtsferien stehen doch vor der Thür. Es kommt hinzu, daß gegenwärtig ca. 50 Assessoren vorhanden sind, die 4 bis 5 Jahre, und weitere 50, die 3½ bis 4 Jahre im Hilfsrichterdienst stehen; und dabei ist in der Ständeversammlung der Wunsch geäußert worden — der sich wohl kaum jemals in vollem Umfange verwirklichen lassen wird —, man solle die Assessoren thunlichst nach zwei Jahren befördern. Es ist schwer, einen anderen als finanziellen Grund für die Hinausschiebung der Stellenbesetzung zu finden.

Es muß also um jeden Preis gespart werden. Eine derartige Sparpolitik wird sich noch einmal empfindlich rächen!

Aus der obigen Zuschrift an das Dresdener konservative Blatt leuchtet deutlich eine weite Unzufriedenheit hervor. Den Richtern geht es wie den Lehrern an den höheren Schulen: sie müssen ihre Hoffnungen derb einschränken. Und dazu noch ein verhunztes Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse. Wird das die Zufriedenheit unter den Beamten fördern?

* * *

Um Vermehrung der städtischen Landtagswahlkreise hat bekanntlich der Verband sächsischer Hausbesitzervereine sowie der Stadtrat und die Stadtverordneten von Zittau und der Stadtrat von Meißen petitioniert. Ueber diese Petitionen hat, wie bereits bemerkt, die Petitionsdeputation der Zweiten Kammer zugleich mit den Petitionen Sindermann-Thieme und des Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine berichtet. Der Bericht über die Petitionen betr. Vermehrung der städtischen Wahlkreise ist etwas umfänglicher ausgefallen als der über die anderen Petitionen. Die Deputation hat aber auch diese Petitionen auf sich beruhen lassen. Sie führt u. a. zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung aus:

„Sollte sich in der Zusammensetzung der Zweiten Kammer auf Grund der Veränderung der Wahlbezirke ein bedeutender Umschwung vollziehen, so ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die Majorität einer solchen Kammer, die aus Vertretern städtischer Bevölkerung bestünde, leicht geneigt sein könnte, der weiteren Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Lande entgegenzutreten, lediglich unter dem Gesichtspunkte, daß die Rentabilität neuer Bahnlinien und neuer Straßen von vornherein zu verneinen sei und man deshalb nur noch solche Verkehrsverbesserungen bauen dürfe, die eine Rentabilität unbedingt gewährleisteten. Die Verkehrsverhältnisse in den großen Städten und in den meisten der mittleren Städte sind ja derart geregelt und befriedigend, daß eine solche wirtschaftliche Interessenpolitik sehr leicht in Frage kommen könnte. Ein Wahlgesetz muß daher zweifellos bezüglich der Zahl und der Herkunft der Vertreter die Sicherheit geben, daß der ländliche Grundbesitz nicht vernachlässigt wird. Auch die Vertreter der kleinen Städte haben ziemlich dieselben Interessen wie die Bewohner des platten Landes. Es erscheint überhaupt nicht angebracht, in der nächsten Zeit diese Frage aufzurollen, weil erstens auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung noch keine Klärung eingetreten ist und neue Verhältnisse sich erst einleben müssen. Im Lande draußen wird man zweitens beide Fragen: die über das Wahlrecht selbst und die über die Anzahl und Abgrenzung der Wahlbezirke nicht genügend auseinander halten und annehmen, daß man bereits wieder das Wahlgesetz überhaupt von Grund aus ändern will.“

Die letzte Bemerkung veranschaulicht unbeabsichtigt aber deutlich die Abneigung der Deputation gegen eine Aenderung des Dreiklassenwahlsystems.

Das Verlangen, besondere Berufsvertretungen zu schaffen, hat ebenfalls keinerlei Gegenliebe in der Deputation gefunden, denn es heißt im Berichte: „Anlangend die Petition der Hausbesitzervereine, so faßt die Deputation diese Petition so auf, daß die Petenten die Schaffung neuer städtischer Wahlkreise und die Ueberweisung der letzteren ausschließlich an den städtischen Haus- und Grundbesitz wollen. Diese Auffassung ist geboten, weil die Petenten den Satz: „wodurch dem städtischen Haus- und Grundbesitz die Möglichkeit einer Vertretung durch Abgeordnete aus seiner Mitte geschaffen werde“, in das Gesuch selbst aufgenommen, nicht etwa bloß zur Begründung des Gesuchs mit verwendet haben. Die Deputation war von vornherein darüber einig, daß eine derartige Petition nicht in irgend einer Weise empfohlen werden könne. Es ist nach ihrer Ansicht völlig ausgeschlossen, dem jetzigen Wahlgesetze eine Bestimmung einzufügen, welche die Heraushebung eines einzelnen Erwerbs- oder Berufsstandes bezweckt.“

Für die Petition der Städte Zittau und Meißen ist eine aus den nationalliberalen Mitgliedern bestehende Minderheit in der Deputation eingetreten. Diese Minderheit ist für eine Aufhebung des Unterschieds zwischen Stadt und Land bei der Landtagswahlkreiseinteilung eingetreten. Dann aber befindet sich noch folgende Bemerkung im Bericht, die die Aussichtslosigkeit für eine Wahlrechtsänderung veranschaulicht. Es heißt: „Die Minderheit der Deputation verkennt nicht, daß es am einfachsten sein würde, die Reform der Wahlkreiseinteilung mit einer Aenderung des Wahlrechts zu verbinden. Allein in einer solchen Wechselbeziehung steht beides nicht, daß das eine ohne das andere nicht möglich wäre. Das beweisen die Thatsachen. Und da für die Wahlrechtsänderung nach der in der Deputation abgegebenen Erklärung der königl. Staatsregierung zur Zeit eine bestimmte Aussicht nicht besteht, glaubt die Minderheit der Deputation, wenigstens dem nach ihrer Auffassung berechtigten und in den Petitionen unter II zum Ausdruck gekommenen Empfinden weiter Kreise durch die Empfehlung einer Aenderung der Wahlkreiseinteilung in obigem Sinne entsprechen zu sollen.“

Die Mehrheit der Deputation beantragt schließlich, die Petitionen der Städte Meißen und Zittau auf sich beruhen zu lassen, eine aus den Abgg. Dr. Schill, Braun, Müller, Richter-Schönau und Uhlig bestehende Minderheit schlägt dagegen vor, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

* * *

Entschädigung unschuldig Verhafteter. Aus dem Kreise seiner Familie verhaftet wurde bekanntlich am Weihnachtsabend der Buchhalter Wernicke in Dresden, weil er im Verdachte stand, die bei Dresdener Bankhäusern vorgekommenen betrügerischen Manipulationen ins Werk gesetzt zu haben. Nach Wochen gelang es, den wirklich Schuldigen, den Korrespondenten Alfred Wolf, auf frischer That zu ertappen, worauf Wernicke wieder in Freiheit gesetzt wurde. Infolgedessen hat nun der Geschädigte an den Landtag eine Petition gerichtet, in der er um Entschädigung für das ihm zugefügte Unrecht bittet. Die Beschwerde- und Petitionsdeputation hat sich eingehend mit dieser Petition beschäftigt und beschlossen, das Gesuch Wernickes der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Es ist bedauerlich, daß die Entschädigung unschuldig Verhafteter noch immer nicht durch Gesetz geregelt ist.

* * *

Frohburg, 31. Mai. Im Hirsch fand gestern abend eine antisemitische Versammlung statt. Vor Eintritt in die Verhandlungen fragte unser Genosse Haugk an, wie es mit der Redezeit stehe, worauf Herr Lehrer Brück als Vorsitzender erklärte, daß er dem anwesenden Genossen Schöpflin-Chemnitz wiederum die Redezeit gewähren werde, wie am Abend vorher, wenn Schöpflin gleichfalls so ruhig sprechen werde wie in Borna und die Sozialdemokraten Herrn Zimmermann ruhig anhören. Nicht ahnend, daß schon anderthalb Stunden später dieses Versprechen glatt gebrochen werde, gaben sich unsere Genossen zufrieden und Herr Zimmermann konnte ohne die geringste Störung seinen Vortrag halten. Als nun Schöpflin ca. 20 Minuten gesprochen hatte und eben dabei war, zahlenmäßig die Zimmermannschen Aeußerungen über die angebliche Notwendigkeit und die Wirkung des Zolltarifs, vor allem der Getreidezölle, zu widerlegen, forderte Herr Brück Schöpflin auf, sich nun kurz zu fassen. Unser Genosse fußte auf dem von Herrn Brück gegebenen Versprechen und erklärte, daß er wie in Borna eine Stunde sprechen werde. Es folgte hierauf zunächst eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Brück und Schöpflin, deren sich auch die Versammlung bemächtigte. Während zirka zwei Dutzend Antisemiten (hauptsächlich Lehrer) aus vollem Halse „Schluß“ brüllten, verlangten unsere Genossen, daß Schöpflin weiter rede. Als unser Genosse den antisemitischen Schreiern mit ein paar Worten seine Meinung sagte und desgleichen dem famosen Vorsitzenden, kam die Wortentziehung. Der Tumult wurde dadurch nur größer, so daß Herr Brück die Versammlung vertagte. Nach Wiedereröffnung nahm Genosse Soberski das Wort, um zunächst den wortbrüchigen Helden seine Meinung zu sagen und forderte dann die Arbeiter auf, den Saal zu verlassen, dem sofort Folge geleistet wurde. Man sieht wie die Antisemiten ihr Wort halten. Unser Ein-

---

im Theater sitzt, während draußen der Flieder duftet und die Kastanienbäume ihre weißen Kerzen aufgesteckt haben. Dieses gutmütige kleinbürgerliche Ehepaar mit seiner altfränkischen Tracht und seinem nicht minder altfränkischen Humor rückte durch sein feines Mienenspiel und seine charakteristischen Gesten auch ohne das gesprochene Wort die ganze Scene beim Fest der „Ressource“ in ein so amüsantes Licht und das kleine alte Dämchen hatte eine so prächtige Art, den Arm des ihr als Ritter zugeschobenen Lyrikers Bellmaus mehr zu nehmen, als anzunehmen, daß man mit Vergnügen wieder einmal die Erfahrung machte, was echte Kunst auch aus einer sehr unbedeutenden Nebenrolle zu machen versteht. Das stumme Spiel der alten Dame während der Erzählung des Konrad Bolz war so ausdrucksvoll und sie trocknete sich zum Schluß so manierlich ein paar Thränchen aus den alten Aeuglein, daß der herzliche Beifall und die wiederholten Hervorrufe vollauf gerechtfertigt waren. Wir haben selten so viele junge Mädchen mit fast fanatischer Ausdauer klatschen sehen, als in dieser Scene; man kann aber sehr realistisch und doch hinreißend, ja rührend liebenswürdig und drollig sein, und daß der Dichter die alte Dame um den Kuß bringt, den ihr Bolz zu geben beabsichtigt, thut dem Zuschauer beinahe leid. Herrn Müllers Piepenbrink ist bekannt; man muß immer wieder bedauern, daß uns dieser treffliche Künstler, der lustige Figuren aus der versinkenden Welt des Kleinbürgertums so lebenswahr zu verkörpern versteht, schon morgen verloren geht und sein Nachfolger wird bei unserem Publikum sicherlich keinen leichten Stand haben. Als Piepenbrink in weinseliger Stimmung mit Bolz Brüderschaft trank, den konservativen Partisanen zum Trotz, die seinem neugebackenen Freund als Eindringling die Thür weisen wollen, jubelte das ganze Haus, wie es vorher von seiner Heiterkeit über den scheinbaren Irrtum der Tischnachbarn bezüglich seiner Person und des von ihm gelieferten Weins sich gern hatte anstecken lassen. Alle übrigen Mitwirkenden thaten nach Maßgabe ihrer Eignung in vollem Maße ihre Schuldigkeit, besonders Frl. Mancke als Adelheid Runeck, die bewies, daß sie auch recht überlegen lustig sein kann, Herr Taeger als Bolz, Herr Feistel als Bellmaus und Herr Heyse als Korb. Herrn Körner als Schmock nennen wir zuletzt, weil uns sein in der Maske und im Spiel ganz vorzüglicher jüdischer Tintenkuli, der für fünf Pfennige die Zeile lauter „Brillanten“ liefern soll, zuletzt doch befremdete; etwas mehr Haltung, etwas weniger demütige Dankbarkeit dürfte hier der einfachen Wahrheit des Lebens näher kommen. Diesem Schmock hätte man am liebsten einen Kasten umgehängt, um ihn mit Hemdknöpfchen, Portemonnaies und Hosenträgern in den Restaurationen hausieren zu lassen, und wie fragwürdig auch die konservative Zeitung Coriolan und ihr Redaktionsstab sein mögen, so läßt sich doch kaum annehmen, daß sie zu solchen Mitarbeitern gegriffen habe. Ein totaler Mangel an Selbstgefühl pflegt gerade kein hervorstechender Charakterzug unserer Mitbürger jüdischer Abstammung zu sein und in der Presse eignen sie sich denselben kraft ihres Hanges zu Witz und Sarkasmus und ihrer raschen Auffassung für fremde Lächerlichkeit zu allerletzt an. Wie der Bellmaus als Jude unmöglich wäre, so dürfte der Schmock des Herrn Körner, der zweifellos sehr interessant war, kein Jude sein, denn selbst die bösesten jüdischen Schnorrer aus den galizischen Gefilden haben regelmäßig noch etwas Rückgrat. Vielleicht hätte auch der Oberst Berg des Herrn Krause etwas mehr allgemein militärische und specifisch preußische Borstigkeit vertragen; seine Umgebung hatte denn doch zu leichtes Spiel mit ihm und weil sich Herr Krause für seine Auffassung auf den Dichter berufen kann, wirkt das Stück auch in dieser Hinsicht anachronistisch. R. L-t.

= **Enthüllung des Liszt-Denkmals in Weimar.** Wie aus Weimar gemeldet wird, fand dort am Sonntag die feierliche Enthüllung des Liszt-Denkmals im Schloßgarten statt. Der Großherzog, der der Feier beiwohnte, legte den ersten Kranz am Denkmal nieder.

= **Weberverbot.** Die Aufführung von Gerhart Hauptmanns Schauspiel Die Weber wurde von der Behörde in Annaberg verboten, obwohl das Werk vom Oberverwaltungsgericht in Dresden freigegeben ist. Der Stadtrat von Annaberg scheint der Ansicht zu sein, daß er über dem Oberverwaltungsgericht stehe. Hoffentlich belehrt ihn die vorgesetzte Behörde bald eines anderen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

greifen in ihren Versammlungen fängt an ihnen bedenklich zu werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Waldbrand entstand am Donnerstag vormittag in dem am Fuße des Kottmar gelegenen, dem Gutsbesitzer Eger in Kottmarsdorf gehörigen Gehölz. Dem Besitzer nebst einigen Nachbarn gelang es mit großer Mühe, nachdem eine Fläche von ca. **drei Scheffeln abgebrannt** war, des Feuers an der Grenze des Kottmar-Reviers Herr zu werden. Die Entstehungsursache ist unbekannt. — Die Pferde des Gutsbesitzers W. Heinig aus Langenchursdorf bei Waldenburg gingen am Schloßberg, in der sogenannten Hohle, mit einem mit ca. 50 Centner beladenen Wagen durch. Der das Geschirr selbst leitende Besitzer kam am Bahnübergang zu Falle, wobei dem Bedauernswerten die Räder seines Wagens **über den Hals und das Kinn** gingen. Bereits kurze Zeit darauf verstarb Heinig an den erlittenen Verletzungen. Schon der Vorbesitzer des Geschirres soll auf ähnliche Weise den Tod gefunden haben. — Auf der Straße von Vollmershain nach Crimmitschau gewahrten Passanten am Donnerstag in den Nachmittagsstunden ein Fleischerfuhrwerk, dessen Führer die Zügel des Pferdes hatten fallen lassen und vornübergebeugt anscheinend schlafend auf dem Kutschbocke saß. Man stieg auf den Bock; in demselben Augenblick holte der Besitzer des Fuhrwerks tief Atem und streckte sich dann. Jetzt erst gewahrte man, daß man einen **Leblosen** vor sich hatte, den der Schlag getroffen hatte. In dem so jäh aus dem Leben Geschiedenen erkannte man den etwa 58 Jahre alten Fleischermeister Oskar Wagner aus Crimmitschau. — Aus der Grenzstadt Graslitz wird gemeldet: Dieser Tage mietete sich in einem hiesigen Hotel eine **elegant gekleidete Dame** ein, die trotz ihres sicheren Auftretens den Verdacht des Hotelpersonals erweckte. Die Polizei wurde verständigt; aus den Papieren der fremden Dame wurde festgestellt, daß sich diese bald Frau Marie Luise Huber, bald Madame Luise Humbert und auch Mrs. Milli Harrison nannte. Geld hatte sie keines bei sich. Die Frau hat in kurzer Zeit die Städte London, Brüssel, Rotterdam, Hamburg, Leipzig, Wien 2c. bereist. Auch in Amerika, Frankreich und Italien will sie gewesen sein. Die Erhebungen über die geheimnisvolle Dame, die auch in Karlsbad sich aufhielt, sind eingeleitet worden.

Torgau, 31. Mai. Ein Gattenmord in Schöna, den der Arbeiter Krause vor kurzem beging, stellt sich als eine ruchlose That dar. K., der Witwer war und aus seiner ersten Ehe zwei Kinder besaß, war mit seiner jetzt ermordeten Frau erst seit wenigen Wochen verheiratet. Es soll ihm viel daran gelegen haben, die neue Ehe eingehen zu können, so daß es unbegreiflich bleibt, was ihn wohl verleitet haben mag, die unselige That zu begehen. Da eins seiner Kinder aus erster Ehe etwa fünf Wochen vor der Hochzeit mit seiner zweiten Frau unter eigentümlichen Umständen plötzlich starb, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß K. sich auch noch eines Kindesmordes schuldig gemacht hat. Die Verdachtsgründe hierfür sollen sich bereits derartig verdichtet haben, daß wahrscheinlich die Leiche des Kindes ausgegraben und einer Obduktion unterzogen werden wird.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Juni.

Genossin Eichhorn gestorben. Aus Dresden kommt die Trauerkunde, daß dort Frau Eichhorn, die Gattin unseres verstorbenen Genossen Steinmetz Eichhorn, nach langem Leiden an der Schwindsucht gestorben ist. Genosse Eichhorn wurde als ein Opfer des Sozialistengesetzes aus Leipzig ausgewiesen. Eichhorns Thätigkeit in Leipzig ist bekannt. Seine Frau war ihm auch im Kampfe für die Befreiung des Volkes eine treue und hingebende Genossin. Durch den Eifer, den sie entwickelte, ist sie für manchen auch unserer älteren Genossen in der ersten und heißesten Zeit des Sozialistengesetzes ein Ansporn zu kämpferischer Thätigkeit geworden. Was unter gewöhnlichen Verhältnissen bei vielen unserer Führer nicht eingetreten wäre, das hat das Sozialistengesetz auch bei unserer verstorbenen Genossin bewirkt: das Sozialistengesetz trieb auch sie hinaus und in die Oeffentlichkeit. Nach der Ausweisung ihres Mannes folgte sie diesem nach Dresden und hier wurde sie zur Agitatorin und Rednerin. Und als solche hat sie, ebenso wie ihr Mann, gewirkt, solange es ihr Gesundheitszustand zuließ. Wie unseren Genossen Hermann Eichhorn hatte auch sie die tückische Schwindsucht gepackt. Längere Zeit hatte sie in einem Genesungsheim zugebracht, ohne die ersehnte Hilfe finden zu können. Nun hat auch sie der mörderischen Krankheit ihren Tribut zahlen müssen. Mit ihr ist der Partei nicht nur eine treue und warmherzige Anhängerin verloren gegangen, sondern namentlich die Frauenbewegung hat in ihr eine rührige Kämpferin verloren. Ihr Andenken wird alle Zeit in Ehren fortleben!

Mit der Errichtung eines Gewerbegerichts für die Amtshauptmannschaft Leipzig haben sich am Freitag und Sonnabend mehrere Versammlungen beschäftigt. Allgemein war man der Meinung, daß die Errichtung eines Gewerbegerichts dringend notwendig sei. An die entsprechenden Ausführungen der Referenten schloß sich in mehreren Fällen eine im Sinne des Referats gehaltene Diskussion. In allen Versammlungen wurde einstimmig der folgende Antrag angenommen:

Die Amtshauptmannschaft Leipzig wolle von dem ihr nach § 1 Abs. 8 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte zustehenden Recht Gebrauch machen und ein Gewerbegericht für die Amtshauptmannschaft errichten.

Begründet wird dieser Antrag folgendermaßen: Das Gesetz betreffend die Gewerbegerichte hat seinen Ursprung in dem von der Arbeiterschaft tief empfundenen Bedürfnis nach gewerblicher Rechtsprechung. Es hat die Aufgabe, die sozialen Gegensätze abzuschwächen und den sozialen Frieden zu fördern. Diese Aufgabe wird das Gesetz aber nur dann erfüllen können, wenn es von den zuständigen Behörden in der weitgehendsten Art in Anwendung gebracht wird. Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß die industriellen Unternehmungen in der Amtshauptmannschaft Leipzig innerhalb der letzten Jahre eine große Zunahme erfahren haben, die sich in Zukunft noch erheblicher gestalten dürfte. Infolgedessen besteht auch die Bevölkerung der hauptsächlich in Betracht kommenden Ortschaften der Amtshauptmannschaft Leipzig in ihrer Mehrzahl aus gewerblichen Arbeitern. Um nun diesem erheblichen Teil der Bevölkerung die durch das Gesetz geschaffenen Rechte nicht länger vorzuenthalten und ihm eine fachmännische und schnelle Erledigung der zahlreich vorkommenden gewerblichen Streitigkeiten zu sichern, ist die Errichtung eines Gewerbegerichts für die Amtshauptmannschaft Leipzig eine unabweisbare Notwendigkeit. Die Versammelten sehen um so mehr der Erfüllung dieses Wunsches entgegen, als die Amtshauptmannschaften Dresden, Chemnitz und Glauchau schon seit Jahren sich der segensreichen Thätigkeit der Gewerbegerichte erfreuen. Die Versammlung beauftragt daher das Gewerkschaftskartell, den vorstehenden Antrag bei der Amtshauptmannschaft einzureichen und sofern die letztere die Errichtung eines Gewerbegerichts ablehnen sollte, die höheren Instanzen anzurufen.

Mit dem gleichen Thema werden sich die Versammlungen in Stötteritz und Zwenkau am Sonnabend den 7. Juni und in Taucha und Knautnaundorf am Sonntag den 8. Juni beschäftigen.

In der nächsten Sitzung der Stadtverordneten, die am Mittwoch im Sitzungssaale am Naschmarkt stattfindet, soll u. a. auch über die vom Rate vorgeschlagene Aenderung der Straßenbahntarife beschlossen werden. Nach der Ratsvorlage soll bekanntlich der bisher bestandene 10 Pfennig-Einheitstarif für alle Strecken ohne Rücksichtnahme auf ihre Länge und einschließlich einmaliger Umsteigeberechtigung an allen Werktagen weiter fortbestehen, an allen Sonn- und Feiertagen aber der Tarif für alle Strecken ohne Rücksicht auf ihre Länge und einschließlich einmaliger Umsteigeberechtigung auf 15 Pfg. erhöht werden. Veranlaßt ist die Vorlage durch wiederholte Eingaben der beiden Straßenbahngesellschaften, die auf Erhöhung der jetzt bestehenden Tarife dringen, weil die Einnahmen der beiden Gesellschaften mit den vermehrten Betriebsleistungen nicht gleichen Schritt gehalten hätten. So muß es kommen! Die Stadt überläßt das Verkehrswesen privatkapitalistischer Ausnutzung und wenn es dann in schlechten Zeiten nicht den erhofften Gewinn abwirft, dann muß eben die Bevölkerung in Gestalt höherer Fahrpreise blechen. Uebrigens sind, wie wir früher schon mitgeteilt haben, zu dieser Vorlage drei Eingaben an das Stadtverordnetenkollegium gelangt und zwar vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, vom Leipziger Mieterverein und vom Verkehrsverein. Während die beiden erstgenannten Vereine um Ablehnung der Vorlage ersuchen, ist letzterer zwar mit der beabsichtigten Tariferhöhung einverstanden, wünscht aber, daß die Straßenbahngesellschaften angehalten werden, die Wagen abends länger fahren zu lassen.

Verein für Arbeitsnachweis in Leipzig. Bei der öffentlichen unentgeltlichen Vermittlungsstelle des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig, Reichsstraße 8, Männliche Abteilung, und Naschmarkt 2, Weibliche Abteilung, gingen im Monat Mai zusammen 2202 Gesuche (im Vormonat 2995) ein. Davon entfallen auf die Männliche Abteilung 799 Gesuche und zwar seitens Arbeitgeber (offene Stellen) 390 und seitens Arbeitnehmer 409 (im Vormonat 581 bezw. 650). Uebernommen aus vorigem Monat 174 Arbeitslose. Außerdem fragten 246 (im Vormonat 175) um Arbeit nach, die aber ihr Gesuch zurückzogen, da ihnen zur Zeit der Nachfrage passende Stellen nicht nachgewiesen werden konnten. Darunter befanden sich 120 (im Vormonat 105) von auswärts zugereiste Arbeitsuchende. Durch Vermittlung des Arbeitsnachweises wurden 355 (im Vormonat 485) Stellen besetzt. — Auf die Weibliche Abteilung entfallen 1433 Gesuche und zwar von den Arbeitgebern (offene Stellen) 779 und von den Arbeitsuchenden 654 (im Vormonat 889 bezw. 916). Durch Vermittlung des Arbeitsnachweises wurden hier 513 (im Vormonat 648) Stellen besetzt, darunter 221 bei Dienstherrschaften. — Der Andrang Arbeitsloser war diesen Monat außerordentlich stark, es konnten viele nicht eingetragen werden.

Herr Arthur Pleißner, der „erste Schriftleiter" des Generalanzeigers, ist, wie ein hiesiges Korrespondenzbureau meldet, am Sonnabend aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Das war zu erwarten. Denn ganz abgesehen von der totalen kriminellen Harmlosigkeit des unter Anklage gestellten Artikels rechtfertigen die äußeren Verhältnisse des Angeklagten die Vermutung des „Fluchtverdachts" in keiner Weise. Der Angeschuldigte ist in guter, dauernder Stellung, ist verheiratet und, daß er „kinderlos" ist, wie die Begründung des Fluchtverdachts noch besonders hervorhebt, liegt in der menschlichen Naturgeschichte begründet; nach den herrschenden Sittlichkeitsbegriffen „darf" Arthur Pleißner, der erst wenige Monate verheiratet ist, überhaupt noch keine Kinder haben, wenigstens keine ehelichen. Ueberhaupt muß aus allgemeinen Gründen gegen das Vorgehen der Anklagebehörde, einen Redakteur wegen einer Bagatelle in Untersuchungshaft zu setzen, für die ihn im schlimmsten Fall eine kurze Freiheitsstrafe erwartet, energisch protestiert werden. Wollte die Anklagebehörde die Untersuchungshaft wirklich triftig motivieren, so konnte sie nur auf die notorische persönliche, bis zur Unzurechnungsfähigkeit gehende Unberechenbarkeit des Angeklagten hinweisen, womit sie freilich der Anklage selbst die juristische Voraussetzung entzogen hätte. Wollte die Staatsanwaltschaft aber den Mann für voll nehmen und ihn für seine Artikel gerichtlich verantwortlich machen, so war der Fluchtverdacht weder durch die Verhältnisse des Angeklagten noch auch durch das zu erwartende Strafmaß begründet. Die höhere Instanz, an die die Beschwerde eingereicht worden war, hat denn auch die Haftentlassung des General-Anzeiger-Manns verfügt und dessen unersetzliche journalistische Kraft wieder für Leipzig freigemacht.

Ein ungetreuer Kassierer. Der erste Kassierer der Ortskrankenkasse hat sich Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen lassen, infolgedessen er von seinem Amte sofort suspendirt worden ist. Der der Kasse entstandene Schaden beträgt ca. 1800 Mk.

Gegen den Kontrolleur der Lotteriedarlehenskasse, Georg Nebel, ist, wie das Bureau Schaffer meldet, das Disciplinarverfahren eingeleitet worden.

Im Gefängnis gestorben. In der Landesanstalt zu Zwickau ist der ehemalige Geschäftsführer des Börsenvereins Deutscher Buchhändler Gustav Thormälen aus Leipzig, der wegen Unterschlagung von 20 000 Mk. und Urkundenfälschung eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, gestorben.

Ein Sonderzug von Leipzig nach Greiz, Barthmühle und der Vogtländischen Schweiz verkehrt am 8. Juni ab Leipzig, Bayerischer Bahnhof 6 Uhr 8 Min. vormittags, an Barthmühle 9 Uhr 24 Min. vormittags zu ermäßigten Fahrpreisen. Der Zug hält in Greiz, Elsterberg, Reutzschmühle und Barthmühle. Näheres ist aus den an den Plakatsäulen befindlichen Anschlägen zu ersehen.

k. **Eine bessere Bahnverbindung zwischen Leipzig und dem Vogtland** ist schon wiederholt angestrebt worden, aber immer ohne Erfolg. Zur Zeit geht eine diesbezügliche Anregung wieder von dem Gewerbeverein Reichenbach i. V. aus, der sich voraussichtlich noch eine Anzahl gleicher und ähnlicher Vereine, sowie die Handels- und Gewerbekammer Plauen i. V. anschließen werden. Beklagt wird insbesondere, daß in der Zeit von abends 7 Uhr bis früh 5 Uhr in der Richtung Leipzig-Reichenbach, abgesehen von dem D-Zug, mit nur 1. und 2. Klasse, eine weitere Fahrgelegenheit nicht besteht, so daß es wünschenswert wäre, wenn wenigstens in dieser Hinsicht Abhilfe geschehe.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbegerichts ist Ratsassessor Dr. Franz Ottomar Redlich vom 1. Juni d. J. ab auf weitere zwei Jahre vom Rate der Stadt Leipzig ernannt und in dieser Eigenschaft von der Kreishauptmannschaft nach erfolgter Bestätigung in Pflicht genommen worden.

Eine öffentliche Sitzung der Gewerbekammer findet am Freitag den 6. Juni nachmittags 5 Uhr im Sitzungssaale des Kammerlokales, Gottschedstraße 22, I., statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wahl des Vorsitzenden.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern nachmittag im Grundstück Grenzstraße 26 in L.-Reudnitz ereignet. Dort haben die aus der ersten Ehe des Kellners Friedrich Franz Schmidt herrührenden Stiefkinder der Schmidtschen Eheleute, Richard Franz Langstengel, geboren den 28. Dezember 1894, und Friedrich Karl Wilhelm Langstengel, am 26. Juni 1897 geboren, während die verehelichte Schmidt auf kurze Zeit ins Waschhaus gegangen war, Petroleum in das Feuer der Küchenmaschine gegossen. Infolgedessen explodierte die Kanne und beide Kinder erlitten so schwere Brandwunden, daß sie sofort in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Ein drittes Kind, das noch dabei gestanden hatte, blieb unversehrt. Die beiden verunglückten Kinder sind vergangene Nacht ihren schweren Verletzungen erlegen.

Selbstmord- und Unfallstatistik für den Monat Mai 1902. Im verflossenen Monat waren im Gebiete unserer Stadt 13 Selbstmorde, 6 Selbstmordversuche und 8 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Es haben sich 4 Personen erschossen, 3 ertränkt, 2 erhängt, 2 durch einen Schnitt durch die Kehle, 1 durch Vergiften und 1 durch Abstürzen getötet. Zwei Personen versuchten sich zu vergiften, 1 durch Aufschneiden der Pulsadern und 1 durch Erhängen zu entleiben. Durch Abstürzen büßten ein 14 Jahre altes Mädchen, ein 22 Jahre alter Dachdecker und ein 58 Jahre alter Maurer das Leben ein; von Geschirren überfahren und tödlich verletzt worden sind 3 Kinder im Alter von 4, 5 und 11 Jahren; ein 30 Jahre alter Droschkenkutscher wurde von seinem Geschirr geschleudert und überfahren, woran er verstarb, und ein achtjähriges Mädchen ertrank in der Elster. Im April waren 14 Selbstmorde, 6 Selbstmordversuche und 6 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu registrieren gewesen.

Eine erhebliche Verkehrsstörung entstand am Sonnabend abend in der 9. Stunde auf dem Grimmaischen Steinwege dadurch, daß ein mit Rüstzeug beladener, zweispänniger Wagen umstürzte und mit der Ladung auf das Trottoir fiel. Mannschaften der herbeigerufenen Feuerwehr beseitigten das Verkehrshindernis alsbald. Zum Glück ist von den zahlreichen Straßenpassanten niemand verletzt worden. Dagegen wurde die große Spiegelscheibe eines Konditors von der umstürzenden Last zertrümmert, wodurch ein Schaden von 200 Mk. verursacht worden ist.

Leichenlandungen. Heute früh in der 4. Stunde fanden Fischer unweit des Germaniabades in der Pleiße den Leichnam eines unbekannten ertrunkenen Mannes. Der Tote ist etwa 30—35 Jahre alt, groß, von kräftiger Gestalt, hat dunkles Haar, dicke Nase und dunklen Schnurrbart. Die Kleidung des Ertrunkenen besteht aus blau- und weißgestreifter Leinwandbluse, zwei dunklen Stoffhosen, grauer Weste, blau- und rotgestreiftem Barchenthemd, Halbschuhen, einem Lederschurzfell und einer blauen Schürze.

Weiter wurde heute früh im Kuhburger Wasser unweit des Sportplatzes der Leichnam eines Mannes aufgefunden, der als ein aus Zörbig stammender, in Lindenau, Harkortstraße, wohnhafter 58jähriger Arbeiter festgestellt worden ist. Beide Leichen sind an die Anatomie abgeliefert worden.

Rekognosziert worden ist der aus natürlicher Ursache am 31. Mai in Möckern auf einem Felde verstorbene Mann als der in Schönefeld, Dimpfelstraße 53 wohnhaft gewesene 30 Jahre alte Arbeiter Robert Musche.

Vermißt wird seit vorgestern der aus Cölleda gebürtige, 30 Jahre alte Militärgerichtsdiener Franz August Günther aus seiner in der St. Privatstraße in L.-Gohlis gelegenen Wohnung. Der Vermißte hat vor seinem Weggange Selbstmordgedanken geäußert. Günther ist 1,70 Meter groß, kräftig, hat blondes, kurzgeschnittenes Haar, starken blonden Schnurrbart und trägt einen braunen Anzug, sowie schwarzen, weichen Filzhut.

Durch Erhängen entleibt hat sich vergangene Nacht ein im Grundstücke Gerberstraße 39 wohnhafter, 1860 in Dresden geborener Bierfahrer. Als Beweggrund zu dem Selbstmorde wird ehelicher Zwist vermutet.

Einen Selbstmordversuch unternahm gestern in den frühen Morgenstunden ein in der Klostergasse wohnender, 26 Jahre alter Volentär aus Crimmitschau, indem er sich während einer Droschkenfahrt durch den Johannapark mit einem Revolver in die linke Brustseite schoß. Der junge Mann wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht. Ueber das Motiv zu dem Selbstmordversuche ließ er nichts verlauten.

Kleine Polizeinachrichten. Am Sonnabend ließen sich zwei junge Leute in einem Uhrengeschäft der Albertstraße verschiedene Sachen zur Auswahl vorlegen. Beide entfernten sich wieder, ohne zu kaufen. Gleich darauf vermißte der Ladeninhaber eine silberne Anker-Remontoiruhr mit der Nummer 18 116. Zweifellos haben diese die Burschen gestohlen. Letztere waren beide etwa 18 Jahre alt; der eine trug ein braunes, der andere ein graues Jackett. Beide trugen dunkle Hüte.

Vergangene Nacht wurde einem jungen Manne die Uhr, eine silberne Remontoiruhr mit Monogramm R D auf der Rückseite samt anhängender, goldener Kette mit großen Gliedern aus der Tasche gestohlen.

Aus dem Keller eines Grundstücks der Albertstraße wurden 38 Flaschen Wein, Champagner, Portwein, Rot- und Weißwein, im Werte von 110 Mk. gestohlen.

Ein Rover, Marke Wanderer, Modell 37, ist am 31. Mai in der Querstraße gestohlen worden.

Einen Gardinenbrand veranlaßte gestern nachmittag in einer Wohnung der Mariannenstraße ein 15jähriges Mädchen durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Spirituslampe. Hausbewohner unterdrückten das Feuer. — Infolge von Selbstentzündung geriet vergangene Nacht in der Quaistraße zu L.-Lindenau ein Haufen von 300 Centnern Briketts in Brand. Letzterer wurde von der Feuerwehr beseitigt.

Schönefeld. Ein mit Möbeln, Betten und Hausgeräte beladener Transportwagen geriet am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr auf der Hauptstraße am Gemeindehause in Brand. In wenigen Minuten hatte das Feuer den Wagen erfaßt und haushoch schlugen die Flammen empor. Die Familie kam von Mockau und wollte nach Borsdorf ziehen; Mann, Weib und Kind fuhren mit auf dem Wagen und mußten zusehen, wie ihr Hab und Gut ein Raub der Flammen wurde. Es gelang nur eine Kommode und einige Kleinigkeiten zu retten, das andere ist alles verbrannt. Sogar der Wagen ist erheblich beschädigt worden. Es wird erzählt, daß in Mockau am Bahnübergang ein vorbeikommender Zug Funken aus der Lokomotive in den Wagen geworfen haben

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

soll, ferner nimmt man an, daß die Hitze am Sonnabend nachmittag die Ursache zu dem Feuer gewesen sein könne. Etwas Bestimmtes hat sich jedoch bisher nicht feststellen lassen.

In der Flußbadeanstalt ist am Sonnabend ein Portemonnaie mit 32 Mk. und fremden Münzen abhanden gekommen. Das Portemonnaie war dem Bademeister zur Aufbewahrung übergeben worden, der voraussichtlich auch zur Ersatzleistung herangezogen werden wird.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 31. Mai.

Ein gefährlicher Bursche ist der 26 Jahre alte Schlossergeselle **Hofgärtner** aus Rothenburg. Außer einer Reihe Gefängnisstrafen hat er wegen Rückfallsdiebstahl auch drei Jahre Zuchthaus verbüßt. In einem Gasthaus am Roßplatz, wo H. sich unter falschem Namen aufhielt, wurde er am 16. März wegen Körperverletzung festgenommen. Nun merkte auch die Polizei, daß sie insofern mit der Festnahme H.s einen guten Fang gemacht hatte, als ihm eine Reihe von Diebstählen zur Last fielen, die er aber beharrlich leugnete. In seinem bei ihm vorgefundenen Notizbuch stand sein Name mit derselben Schrift, wie auf einem Stück Zeitungspapier, das man auf dem Balkon einer Villa in der Blumengasse in Gohlis einige Tage zuvor gefunden hatte, wo Diebe mittels Einsteigens einen Einbruchsdiebstahl begehen wollten, aber bei der Arbeit vermutlich gestört wurden und flohen. Sie hatten nur eine Scheibe an der Balkonthür, zu der sie mittels einer Leiter, die sie von einem Nachbargrundstück geholt hatten, gelangten, eingedrückt. Außer diesem versuchten schweren Einbruchsdiebstahl hat sich H. vor der 2. Strafkammer noch wegen eines einfachen, in einem Gebäude der Ranftschen Gasse ausgeführten Diebstahls, wo er aus einer unverschlossenen Stube der Kellnerin L. und dem Dienstmädchen B. verschiedene Frauenkleider und Schuhe entwendete, zu verantworten. Außerdem hatte er sich gegenüber dem Kellner des Gasthauses, wo er logiert hatte, einer Körperverletzung schuldig gemacht, indem er diesem mit einem Schlagring einen wuchtigen Hieb auf den Kopf versetzte. Der Kellner war in der Gaststube eingenickt und H. nahm einen Löffel mit Senf und schmierte ihn dem Kellner unter die Nase. Dieser verbat sich erst in Gutem derartige Scherze und als H. ihm noch einmal mit dem Senflöffel kam, versetzte er ihm eine derbe Ohrfeige. Darauf nahm H. seinen Schlagring und schlug dem Kellner damit auf den Kopf. Nun veranlaßte dieser die Arretur H.s. Als der Schutzmann mit ihm am Panorama vorbeiging, bemerkte er, wie H. unauffälligerweise sich eines Päckchens zu entledigen suchte, indem er es in den Schacht nach dem Souterrain gleiten ließ. Es wurde sofort wieder heraufgeholt und nun zeigte sich, daß H. guten Grund hatte, sich dieses vor seiner Einlieferung in die Wache zu entledigen. Es enthielt eine Anzahl Dietriche, Schlüssel und sonstige Einbrecherwerkzeuge. In der heutigen Hauptverhandlung bestreitet H., bei dem Diebstahl in Gohlis mitgewirkt zu haben, und auch den in der Ranftschen Gasse will er nicht ausgeführt haben. An solchem Zeuge vergriffe er sich nicht. Als er im vorigen Jahr das Zuchthaus verlassen habe, habe er sich vorgenommen, entweder gar nicht mehr zu stehlen, oder aber einen ordentlichen Coup auszuführen. Was den versuchten schweren Einbruchsdiebstahl anlangt, konnte das Gericht mangels genügender Beweise nicht zu einer Verurteilung kommen, wenn, wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung hervorhob, auch ein schwerer Verdacht bestehe; hingegen wurde H. des anderen Diebstahls und der Körperverletzung durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet und zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und fünfjährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Schwere Kuppelei, begangen an ihrer eigenen, noch sehr jugendlichen Tochter, brachte die in Pegau wohnhafte geschiedene Amalie **Chemnitz** vor die Schranken des hiesigen Landgerichts. Die Verhandlung fand mit Rücksicht auf den Gegenstand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und endigte mit der Verurteilung der Chemnitz, unter Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft, zu neun Monaten Gefängnis. Aus der Urteilsbegründung ging hervor, daß die Tochter der Ch. und der „Logisherr" nicht nur eine Schlafstube gemeinsam hatten, sondern auch nur ein Bett. Mit Rücksicht darauf, daß die Ch. wegen ähnlicher Delikte noch unbestraft ist, hielt der Gerichtshof obige Strafe für eine angemessene.

Soziale Rundschau.

Sozialpolitisches.

Explosionsgefahr und Accordarbeit. Zur Explosion in Krümmel meldeten mehrere Blätter übereinstimmend, daß das außerordentlich gefährliche Nitroglycerin in Accord hergestellt werde. Zieht man die ganz ungewöhnliche Gefährlichkeit dieses Sprengöls in Betracht, bei dessen Herstellung ein Sandkörnchen, wenn es zwischen die Masse gerät, schon genügt, eine Explosion zu verursachen, und somit das Leben von vielen Arbeitern gefährdet, so ist es unseres Erachtens ein schwerer Fehler, durch das Lockmittel eines größeren Verdienstes die Arbeiter, die sich zur Herstellung des Sprengöls hergeben, anspornen zu wollen, in größerer Eile zu produzieren. Bei dem Bestreben, rascher zu arbeiten, mehr zu verdienen, kann der Arbeiter nur eine Sekunde die peinlich nötige Vorsicht außer acht lassen, und sein Leben und das seiner Arbeitsbrüder ist vernichtet. Es wäre vielleicht nicht ohne Nutzen, wenn die Ursache der Explosion erwogen wird, das Accordsystem in Betracht zu ziehen.

Gewerkschaftliches.

(*) **Straßenbahnerstreik.** Die **Straßenbahnangestellten** in **Stuttgart** befinden sich seit einigen Tagen in einer Lohnbewegung. Schon wiederholt sind die traurigen Dienstverhältnisse dieses Personals in unserer Parteipresse geschildert worden, ohne daß die Aktiengesellschaft, die 13 Prozent Dividende verteilt, die bessernde Hand angelegt hätte. Nunmehr haben die zur Mehrheit im Verband der Arbeiter des Verkehrsgewerbes organisierten Straßenbahner fürsorglich eine Reihe von mäßigen Forderungen aufgestellt, für die sie einstehen. Nicht nur ihre Bescheidenheit, sondern auch die Thatsache, daß die Direktion in der bürgerlichen Presse ihnen eine **gefälschte** Zusammenstellung „maßloser" Forderungen unterschob, hat plötzlich die öffentliche Meinung ganz zu ihren Gunsten gestimmt. Die Forderungen lauten in der Hauptsache: Zehnstündige Arbeitszeit einschließlich einer einstündigen Pause, einmaliger Schichtwechsel, wöchentlich einen freien Tag, von denen jeder vierte ein Sonntag sein müsse; für Schaffner und Führer einen Anfangslohn von 100 Mk. monatlich, steigend bis 150 Mk., für Reserveführer und Schaffner ein Tagegeld von 3.50 Mk., für Strecken- und Wagenwärter einen Anfangsgehalt von 90 Mk. monatlich, steigend bis 130 Mk., für das Hallenpersonal einen Tagelohn von 3.50 Mk. Die weiteren Forderungen beziehen sich auf Uniform, Gewährung der Koalitionsfreiheit, Einrichtung einer Beschwerdekommission, Regelung und Kontrolle der Pensions- und Unterstützungskassen 2c. Die Direktion hat schon die **Entlassung** einer Anzahl **Depotarbeiter**, die auf Anfrage erklärten, sich zu Streikbrecherdiensten nicht hergeben zu wollen, vorgenommen.

Der **Straßenbahnerstreik** hat im Laufe des Sonnabends noch größeren Umfang angenommen. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend hatten zirka 400 Bedienstete den Streik beschlossen, den sie sofort Sonnabend früh in Geschlossenheit zur Ausführung brachten. Nur etwa 2 Dutzend Arbeitswillige, die an der Versammlung nicht teilgenommen hatten, stellten sich morgens wieder zur Verfügung. Mit ihnen vermochte die Direktion nur 10 Wagen auf der Hauptlinie Cannstatt-Heslach, die aber an beiden Endpunkten stark abgekürzt wurde, in Betrieb zu halten. Auf allen übrigen Linien ruhte der Betrieb. Im Laufe des Tages gingen der Direktion noch einige Arbeitswillige durch, da sich der Unwille und das Gespött des gesamten Publikums ohne Unterschied auf sie häuften. Infolgedessen sah sich die Leitung genötigt, mittags 2 Uhr den **Betrieb vollständig einzustellen. Auch am heutigen Sonntag ruht der Betrieb vollständig.** Die gestern eingeleiteten Verhandlungen unterm Vorsitz vom Gewerberichter **scheiterten** an dem mangelnden Entgegenkommen der Direktion. Diese hofft nun, morgen Streikbrecher zu finden und den Betrieb wieder aufnehmen zu können. Bei der bewundernswerten Geschlossenheit der Straßenbahner und dem für Ungeübte sehr schwer zu befahrenden Stuttgarter Terrain wird ihr das nicht leicht fallen. Den Hauptstreitpunkt bildet das freie **Koalitionsrecht**. Die Direktion hat seither dem Personal **verboten**, dem Centralverband der Transportarbeiter anzugehören. An dieser brutalen Verweigerung eines reichsgesetzlichen Rechts der Straßenbahner halten die Direktoren fest, und ausdrücklich mit Rücksicht hierauf wurden in einer gestrigen großen Versammlung die kleinen materiellen Zugeständnisse **zurückgewiesen**. Von Ulm, Karlsruhe, Heilbronn und Mannheim angelockte Straßenbahner, die Streikbrecherdienste leisten sollten, wurden auf Veranlassung der betr. Stadtverwaltungen gestern und heute wieder **heimbeordert**. Die Stadt Stuttgart hat leider keine vertragsgemäße Handhabe zum Eingreifen. Erst nach zwei Monaten **verfällt** die von der Gesellschaft geleistete Kaution von 25 000 Mk., falls bis dahin der Betrieb nicht wieder vollständig aufgenommen worden ist. Inzwischen verfallen täglich nur 40 Mk. Heute wird ein Flugblatt verbreitet und abends findet eine Massenversammlung statt.

Wir fügen diesem Bericht unseres Stuttgarter Korrespondenten noch hinzu, daß sogar die nationalliberale Neckarzeitung schreibt: „Es ist nicht einzusehen, wie die Direktion es verantworten kann, alsbald **mit Militärdetachements zu drohen**. (Die Direktion hatte schon vor Ausbrechen des Streiks erklärt, sofort militärische Hilfe requirieren zu wollen.) Wozu denn? Unsere Straßenbahner sind doch keine Straßenräuber, gegen die eine bewaffnete Macht aufgeboten werden müßte. Die Erregung über eine solche atavistische Form der Bekämpfung eines etwaigen Streiks ist denn auch hier eine allgemeine."

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe. In **Kiel** ist die Situation noch unverändert.

In **Hamburg** arbeiten schon 1535 Maurergesellen, ca. 600 Zimmerergesellen und 694 Bauarbeiter zu den neuen Bedingungen, ca. 900 Gesellen sind noch im Ausstand. Die Baugewerbeinnung hat am Freitag beschlossen, die gesamten in der Hauptsache auf neunstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 70 Pfg. hinzielenden Forderungen der Gesellenschaft rundweg **abzulehnen**. Wenn bis Mittwoch nicht überall die Arbeit wieder aufgenommen sein wird, soll eine **Generalaussperrung** der gesamten Gesellenschaft, Maurer und Zimmerer in Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbeck stattfinden. Und dabei fordern die Arbeiter doch nur Einlösung eines längst gegebenen Versprechens.

Damit der Humor bei der Sache nicht fehle, ist in der bürgerlichen Weserzeitung zu lesen: „Man kann das Verfahren, das die Maurer und sonstigen Bauarbeiter einschlagen, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen, nicht grade ehrlich nennen; sie sehen ein, daß sie ihre Forderungen bei dem Arbeitgeberverband nicht durchsetzen können, und so versuchen sie es mit einer Unterminierarbeit und beschließen partiell vorzugehen. Es ist dieses Mittel natürlich äußerst praktisch. Die Konjunktur an sich, die gegenwärtig nicht ungünstig ist, würde kein Hindernis sein, daß die Arbeitgeber die Forderungen der Arbeitnehmer bewilligen. Ob sie sich aber durch die Art des Vorgehens der Arbeiter zwingen lassen werden, das ist eine zweite Frage."

Tabakarbeiterstreik. Paris. Da in einer Zusammenkunft zwischen der Abordnung des **Bundes der Tabakarbeiter** und dem Minister Cotlloux dieser die Forderungen der Arbeiter nicht befriedigen konnte, forderte die Abordnung alle Tabakfabriken des Staates in der Provinz telegraphisch auf, die Arbeit am 31. Mai oder am 2. Juni einzustellen.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei. In **Solingen** verschied in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag nach langem Krankenlager der frühere Faktor der Genossenschaftsbuchdruckerei **Hermann Lohmann**. Geboren am 3. Juli 1857 zu Dortmund, erreichte er ein Lebensalter von 45 Jahren. Ein hartnäckiges Kehlkopf- und Lungenleiden warf ihn vor Jahresfrist danieder.

Mit der Erinnerung an den Dichter leben die Lieder und Gesänge fort, mit denen er die Arbeiterwelt bis in die letzte Zeit beschenkt hat, und von denen eines noch in den letzten Tagen vor des Kranken Thür von einer dankbaren Sängerschar zur Ueberraschung als Ständchen gesungen worden ist. Er ruhe in Frieden!

Von der Parteipresse. Der Genosse **Noske**-Königsberg tritt in die Redaktion der Chemnitzer Volksstimme ein.

Von Nah und Fern.

Er segnete das Zeitliche. — Aus Nahrungssorgen.

Berlin, 2. Juni. Der wegen der bekannten Betrügereien verhaftete Pastor **Disselhof** aus Trebbin ist in der Berliner Charité, wohin er wegen eines Leberleidens gebracht worden war, gestorben. Das Leiden hatte sich derart gesteigert, daß das gerichtliche Verfahren unterbrochen werden mußte. Disselhof sollte bekanntlich auch auf seinen Geisteszustand hin untersucht werden.

Aus Nahrungssorgen hat die **Tapeziererfrau Lange** in Abwesenheit ihres Mannes ihren 6jährigen Sohn mit einem Strick erdrosselt und sich selbst erhängt.

Verbrannt.

Ostrowo, 2. Juni. In **Tursko** an der russischen Grenze brannte eine **Scheune** nieder, in welcher die drei Söhne des Besitzers Winkorski schliefen. **Zwei der Söhne verbrannten**, der dritte erhielt lebensgefährliche Verletzungen.

Straßenbahnwagenzusammenstoß.

Paris, 1. Juni. In Saint-Denis stießen infolge falscher Weichenstellung zwei Straßenbahnwagen zusammen. Beide Wagen wurden zertrümmert. 24 Personen sind verletzt worden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

In Nr. 119 des General-Anzeigers befindet sich ein Inserat, durch das Lernende für Cigarren- und Wickelmachen, unter Garantie des gründlichen Lernens bei mäßigem Lehrgelde gesucht werden. Besonders für Frauen scheint diese Empfehlung recht verlockend, um so mehr, wenn ihnen versprochen wird, daß sie nach 3—6 Wochen einen Lohn von 10—12 Mk. pro Woche verdienen können. Unterzeichneter hat sich nun nach dieser Sache selbst erkundigt und folgendes in Erfahrung gebracht. Eine Frau M. in L.-Plagwitz ist die Lehrmeisterin, die für 30 Mk. in 3—6 Wochen Cigarren- und Wickelmachen lehrt. Es ist undenkbar, daß in der angegebenen Zeit jemand Wickel- und Cigarrenmachen erlernen kann. Frau M. will ihren Lehrlingen einen Schein als gute Cigarrenmacherin ausstellen. Was nützt aber den Leuten der Schein, wenn sie nichts können. Nach Zeugnissen wird überhaupt nicht gefragt, die Fabrikanten wollen die Leistungsfähigkeit sehen. Nach einer Statistik der Berufsgenossenschaft der Tabakarbeiter wird der horrende Lohn von durchschnittlich 450 Mk. pro Jahr verdient. Es kommt vor, daß für Arbeiten, für die Männer mit 10 Mk. gezahlt wird, die Frauen bloß 7—8 Mk. bekommen. Anläßlich solcher Zustände kann man nicht genug zur Vorsicht mahnen, denn in der Regel sind die Arbeiter und Arbeiterinnen die Reingefallenen.

Die Vorortskommission der Tabakarbeiter.
Gustav Lehmann, Plagwitz, Merseburger Straße 19, IV. l.

In der Speditions- und Schiffahrts-Zeitung, Organ des Vereins deutscher Spediteure, vom 30. Mai, befindet sich u. a. ein Bericht über die kürzlich von der hiesigen Lokalverwaltung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter veranstalteten Agitationsversammlung, in dem hervorgehoben wird, daß ein großer Teil der ungefähr 2000 hiesigen Speditions- und Speichereiarbeiter in einer der Sozialdemokratie abholden Vereinigung organisiert ist, die ihre Zwecke im friedlichen Einvernehmen mit den Prinzipalen verfolgt. Zum Schluß empfiehlt die Redaktion genannten Blattes den Arbeitgebern noch, ihrerseits Vereinigungen zu bilden, um derartigen „Wühlereien" (gemeint ist der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter) entgegenzutreten. In der Nummer vom 28. März berichtet obiges Organ von einem Beschlusse des Vereins Hamburger Spediteure, der gegen den frühzeitigeren Schluß der bahnamtlichen Güterabfertigungsstellen vor 7 Uhr abends energisch protestiert. In diesem Vorgehen zeigt sich doch die Arbeiterfreundlichkeit der Herren Unternehmer im rechten Lichte, denn ein früherer Bahnschluß würde auch eine Verkürzung der Arbeitszeit bei den Arbeitern sowohl als auch bei den Angestellten im Speditionsgewerbe zur Folge haben. Es wird hier wieder der Beweis geliefert, daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nie die gleichen sein können. Zieht man die lange Arbeitszeit, die angestrengte Thätigkeit und die zum Teil sehr schlechte Bezahlung der Speditionsarbeiter in Betracht, so muß man sich mit vollem Recht fragen, was die in dem Unternehmerblatt erwähnte Vereinigung bis jetzt geleistet hat. Die stattliche Anzahl von Speditionsarbeitern in Leipzig hat es in der Hand, ihre Lage zu bessern und zu bestimmen. Es wird aber nur dann etwas Günstiges errungen werden können, wenn sich die Arbeiter der modernen Arbeiterbewegung anschließen, die ohne Rücksicht auf die Interessen der Prinzipalität energisch an der Erringung eines menschenwürdigen Daseins für alle arbeitet. M. L.

Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Theaterbesucher. Ueber Rienzi ist nicht berichtet worden, weil über die diesmalige Aufführung nichts neues zu berichten war.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Spielplan: Montag: Der Herr Senator. Anfang 7 Uhr. — Dienstag: Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch: Der Vogelhändler. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Alt-Heidelberg. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Im weißen Rößl. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Sappho. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Spielplan: Montag: Geschlossen. — Dienstag: Eine tolle Nacht. Anfang ½8 Uhr. — Mittwoch bis Sonnabend: Geschlossen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weiße Bohnen mit Schwarzfleisch.
Speiseanstalt II (Moseuthalgasse): Gräupchen mit Kalbfleisch.

Versammlungskalender.

Montag: **Gewerkschaftskartell.** Coburger Hof, Windmühlenstr. Abends ½9 Uhr.

Versende garantiert unverfälschten und sehr wohlbekömmlichen
1900er Rotwein
per Liter zu 58 Pfg. u. per Flasche zu 60 Pfg. Fässer leihweise, Flaschen umsonst. Fässer u. Kisten jed. Größe. Preisliste u. kl. Probe frei.
Carl Th. Oehmen, Coblenz am Rhein 539.
Weinbergsbesitzer u. Weinhandlung.

Käufe und Verkäufe.

1 prachtv. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 ℳ, sofort zu verkaufen. Brühl 46/48, Vorderh.

Prachtv. Ober-, Unterb. u. Kissen, sowie Bettst. m. Matr., zus. für 27 ℳ, sofort zu verkaufen Sidonienstraße 35, pt. l.

In unseren Verkaufsstellen wird **BONA-Margarine** als bester Butterersatz geführt.
Konsum-Verein Stötteritz und Umgegend.

Laufdecken Mk. 6.— Luftschläuche Mk. 3.25 mit Garantie [2577
Sommerlatte, Pfaffendorfer Str. 13.

Prima Laufdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill. Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 6. I.

10 St. gebr. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schneider- u. Schuhm.-Masch. billig zu verk. Münzgasse 20, H. I. I.

Hochf. Halbrenner Alter Amtshof 7, II. l.

Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchst. 67

Billige Fahrräder, zurückgesetzte Modelle
Luftschläuche, unter Garantie von 4 ℳ an
Laufdecken, unter Garantie, von 7.50 ℳ an offeriert
Fahrradklarner
5196] **Elisenstrasse 12.**

Ein guterh. Kinderwagen billig zu verk. Kleinzschocher, Rudolfstr. 28, II. r.

Ein guterhalt. Kinderwagen ist billig zu verkaufen. Konradstr. 20, III. l.

Kinderwagen billig zu verkaufen. Lindenau, Georgstr. 22, I. r.

Gebr. dauerh. grüner Sitzwagen billig zu verkaufen. Leipzig, Liebigstr. 11, III.

Guterh. 2sitziger Reform-Sportwagen zu verkaufen. Lindenau, Hohe Str. 15, IV. r.

Guterhaltener Grudeofen zu verkaufen. Schönefeld, Hauptstr. 3.

Eine hochf. Grudemaschine, 3röhrig, bill. zu verk. Lindenau, Hohe Str. 14, I.

100töniges Bandoneon, As-Dur, billig zu verkaufen. Gemeindestr. 22, III. l.

Schönes Bandoneon billig zu verkaufen. Stünz, Schulstr. 19, H. I., bei Schumann.

Große u. kleine **Läufer-Schweine** stehen fortwährend zum Verkauf
L.-Volkmarsdorf, Lukasstr. 1
4028] **Rob. Röser.**

6 Stück j. Kaninchen, gr. Rasse, à 50 ₰. Ritter, Thonberg, Reitzenhainer Str. 20.

Ein vorj. **Ziegenbock** u. **R.-Sitzwagen** bill. zu verk. Lindenau, Bernhardstr. 8, pt. l.

Zweiteil. Flugbauer u. Singbauer z. verk. Sellerh., Schützenhausstr. 21, pt. Abds. n. 7 U.

Altes Gold kauft z. höchst. Preisen Uhrmacher Becker. Rauft. Steinweg 38.

Altes Eisen, Metalle, sämtl. Rohprod. kauft stets Max d'Elsa, Braustrasse 12. Auf Wunsch Abholung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020602/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG